

Betriebsräte-Zeitschrift



für Funktionäre der Metallindustrie

Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Vereins in Stuttgart
Erscheint alle 14 Tage * Verantwortlich für die Redaktion: Robert Ditzmann

3. Jahrg. Stuttgart, 28. Oktober 1922 Nummer 23

Inhaltsverzeichnis:

1. Soll der Katastrophe entgegengewirkt werden? (Tony Sender, Frankfurt a. M.)
2. Haben wir noch Inflation? (Julian Borchardt).

Aus den einzelnen Zweigen der deutschen Wirtschaft.

3. Die chemische Industrie, ihre Entwicklung u. wirtschaftl. Bedeutung (G. Haupt, Hannover).
4. Zur Wirtschaftslage im Bergwerke (Rud. Thielberg, Hamburg).
5. Aus der deutschen Steinindustrie (Hermann Seibold, Leipzig).
6. Zusammenschlüsse der Ruhrbergwerke.
7. Bücherbesprechung.

Soll der Katastrophe entgegengewirkt werden?

Tony Sender, Frankfurt a. M.

Wir rasen mit einer Geschwindigkeit dem Abgrund zu, die alles übertrifft, was sich selbst in der Nachkriegszeit ereignet hat. Rapider als in Österreich setzte in den letzten Monaten der Valutasturz ein, alles flüchtet aus der Mark, kein Mensch scheint mehr Vertrauen zur deutschen Währung und Wirtschaft zu haben, eine wahre Panikstimmung hat alle Bevölkerungskreise ergriffen. Die Mark hat nicht nur aufgehört, Wertmesser von Waren zu sein, sie wird auch mehr und mehr als Zahlungs- und Zirkulationsmittel im Verkehr ausgeschaltet. Der Großhandel und selbst ein großer Teil des Kleinhandels schließt Geschäfte nur noch auf der Grundlage der Auslandswährung ab und so wird rasch der Unterschied beseitigt, der bisher noch zwischen der inneren und äußeren Kaufkraft in dem Sinne bestand, daß der innere Kaufwert der Mark nicht unbeträchtlich höher war als der äußere. So können wohl die Besitzer von Produktionsmitteln und Waren sich in die ausländischen Valuten retten und auch für ihre aus nur deutschen Rohstoffen produzierten Waren durch Zugrundelegung ausländischer Valutenberechnung Riesenprofite erzielen, auf der andern Seite aber erfolgt eine großzügige Expropriation aller kleinen und vieler mittleren Existenzen, Kleinrentner, Beamten, Angestellten und Arbeiter. Volkswirtschaftlich aber bedeutet dieses System ein blindes Rennen in den Abgrund, eine Beschleunigung und Verschärfung der drohenden schweren Wirtschaftskrise, denn durch die tolle Geldentwertung scheitern vielen Unternehmen, die nicht zu den großen kapital-

kräftigen Konzernen gehören, das erforderliche Betriebskapital zur Aufrechterhaltung der Produktion. Politisch jedoch ist diese Methode des „laissez faire, laissez aller“ (= alles gehen lassen) die Herbeiführung einer Periode tiefster Verelendung und daraus folgend ungeheuerster Schwächung aller arbeitenden Schichten, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese politische Wirkung das wesentlichste Moment im Plan der bürgerlichen Parteien ist, aus dem heraus allein sich die völlige Passivität dieser Kreise erklären läßt. Erst wenn man es soweit gebracht hat, wird man sich darauf besinnen, daß ein Land mit der Produktions- und Organisationskraft Deutschlands nicht unterzugehen braucht, daß es sich nicht um ein unabwendbares göttliches Geschick handelt, gegen das zu reagieren unmöglich wäre.

Darf aber eine Regierung sich diesem wahrwidrigen Vernichtungsfeldzug durch Passivität anschließen? Seit Jahr und Tag bereits versuchen wir, der Regierung klar zu machen, daß, je eher ihr Eingreifen erfolgt, um so wirksamer der Erfolg — bisher leider vergebens. In diesen Tagen endlich wurde ein erster schüchterner Schritt gemacht in der

Notverordnung des Reichspräsidenten gegen die Spekulation mit ausländischen Zahlungsmitteln,

wonach verboten wird: jede Zahlung in ausländischer Währung im Inland, ferner die sogenannte Valutafakturierung, zunächst generell für den Kleinhandel. Grundsätzlich ist die vorherige Genehmigung des Devisenankaufs durch die Prüfungsstellen des Reichs erforderlich. Eine nachträgliche Kontrolle ist vorgesehen bei den als depositenannahmeberechtigt bezeichneten Banken sowie bei den von der Handelskammer als devisenannahmeberechtigt bezeichneten Firmen. Diese Kontrolle erfolgt nicht nur, wie bisher, durch die Finanzämter, sondern auch durch besondere Prüfungsstellen (Reichsbank, zunächst auch Außenhandelsstellen), welche die volkswirtschaftliche Notwendigkeit des Kaufs zu prüfen haben.

Verboten sind spekulative Käufe und inländische Deckungsgeschäfte zur Sicherung gegen die Geldentwertung, ebenso Devisenkäufe zum Zwecke der Vermögensanlage.

Welches war nun die Wirkung dieser Verordnung? Am Tage ihres Erlasses stand der Dollar etwa auf 2600, inzwischen ist er auf nahezu 5000 in die Höhe geklettert. Und mit Jubel stürzt sich schon die ganze kapitalistische Meute auf diese Tatsache, um zu beweisen, daß jeder Eingriff in ihre Spekulationswelt verfehlt sei und nur gegenteilige Wirkungen auslösen könne. Tatsächlich aber beweist der Umstand des weiteren Sinkens der Mark in Begleitung des Wutgeschreis des Unternehmertums gegen die Verordnung nur, daß die Sabotage dieser Kreise eingesetzt hat und ihr Einfluß über die im Bereich unserer Landesgrenzen befindlichen Börsen hinausreicht. Es beweist aber zu gleicher Zeit, wie recht wir mit unserer steten Mahnung hatten, daß eine einzelne Maßnahme ein Schlag ins Wasser bleiben müsse, wenn sie nicht begleitet sei von einem System ineinandergreifender Maßnahmen, das sie erst zur Wirksamkeit bringen könne.

Kein Zweifel, die Verordnung war notwendig und sie war auch gut, allerdings nicht ausreichend. Sie unterbindet wohl das ungezügeltste Weiterstreiten des bisherigen tollen Spekulationstreibens, aber sie läßt die Ver-

gangenheit unberührt, sie erfährt nicht die aus Flucht vor der Mark aufgestapelten fremden Devisenbeträge, die sich jetzt angesichts der Verordnung nicht mehr auf den Markt wagen, weil ja eine Wiederbeschaffung von Devisen nur dem legitimen Bedarf, das heißt den ausländischen Rohstoff beziehenden Produzenten und Händlern gestattet wird. Kommt man zu der unseres Erachtens unerlässlichen Erfassung aller Devisenbestände, so wird man sich allerdings mehr und mehr einer zentralen Bewirtschaftung der Devisen nähern, wie sie im Kriege durchgeführt war und wie wir sie schon deswegen für unerlässlich halten, weil ohne sie die anderen noch zu ergreifenden Maßnahmen nicht wirksam werden können.

Handelskammern, Unternehmerorganisationen und natürlich allen voran der Reichsverband der deutschen Industrie haben einen organisierten Ansturm auf die Regierung unternommen, um sie zur Zurückziehung der Verordnung zu zwingen. Nach ihrem Vorgeben werde damit die Einfuhr erdroffelt, die Industrie komme zum Stillstand und wie die Drohungen noch mehr heißen. Man muß sich indessen vollkommen darüber klar sein, daß dieser heftige Sturm nicht etwa nur dieser Verordnung gilt, sondern vor allem auch zur Abwehr etwa in Aussicht stehender weiterer Maßnahmen bestimmt ist. Allerdings scheint auch uns der Kardinalfehler der Verordnung darin zu bestehen, daß sie nicht begleitet war von einer ergänzenden und durchgreifenden Maßnahme, die ein Äquivalent schafft für die nunmehr dem Anlauf zu Zwecken der Kapitalanlage entzogenen fremden Devisen, ein Äquivalent in der Form eines wertbeständigen deutschen Papiers. Doch darauf wird noch im weiteren Zusammenhang zurückzukommen sein.

Eines hat jedenfalls die jüngste Entwicklung deutlich erwiesen: es ist falsch, wenn heute noch behauptet wird, die Ursachen der Marktentwertung seien nur außenpolitischer Natur, nur durch die Reparationsleistungen verursacht. Tatsache ist vielmehr, daß wir in der Zeit des letzten katastrophalen Valutasturzes uns in der Periode einer Atempause befanden dadurch, daß uns von Belgien für die letzten Reparationszahlungen eine 18monatige Frist für die Schatzwechsel zugestanden worden ist. Die starken Antriebe der letzten Entwertung kamen vielmehr aus dem Inland, zunächst durch ¹⁹⁾ völlig zusammengebrochenen Glauben an eine Wiedergesundung der deutschen Finanzwirtschaft, der zu der bekannten Flucht aus der Mark in die Devisen, in die Schwerte geführt hat, ferner aber auch durch unser ständig wachsendes Defizit im Staatshaushalt und ebenso durch das Defizit in der Handelsbilanz.

Diese Ursachenquellen zu verstopfen, muß darum der Beginn jeden Versuchs zur Herbeiführung einer Wiedergesundung unserer Volkswirtschaft sein. Das setzt als ersten Schritt voraus

Maßnahmen zur Stabilisierung unserer Mark,

und hierzu gehört die Bereitstellung von Mitteln, um den Überschuß unserer Einfuhr über die Ausfuhr finanzieren zu können. Nun ist zurzeit der Bedarf des Auslandes nach Papiermark gesättigt, so daß gegenwärtig nur geringe Umsätze an der Börse genügen, um die Mark weiter zu deroutieren; denn auch im Inland sind Abgeber von Devisen nicht mehr vorhanden, da die Besitzer an ihnen als einer wertbeständigen Anlage festhalten. Es muß

darum Hand in Hand gehen mit den Maßnahmen zur Stabilisierung unserer Mark die

Schaffung einer wertbeständigen Anlage,

damit sich die kapitalkräftigen Kreise aus Handel und Industrie von den aufgespeicherten Devisen trennen und anlagensuchend sich dieser zu schaffenden Goldanleihe zuwenden. Nun ist für die Stützungsaktion der Mark in den letzten Wochen von den verschiedensten Seiten der Gedanke ausgesprochen worden, daß man in der folgenden Weise verfahren soll:

Der legitime, d. h. der zur Bezahlung notwendiger Rohstoffe an das Ausland dienende Devisenbedarf soll künftig nicht mehr in der Weise vor sich gehen, daß jeder Privatmann, der solche Zahlungen vorzunehmen hat, Mark ins Ausland gibt, sondern dadurch, daß von einer zentralen Stelle für diesen Bedarf Devisen zur Verfügung gestellt werden. Dies soll in der Weise erfolgen, daß ein Teil der Milliarde Gold, die bei der Reichsbank brachliegt, zur Schaffung eines **Devisenfonds** benützt wird. Man schätzt das vierteljährliche Defizit unserer Zahlungsbilanz, das damit zu decken wäre, auf 200 bis 300 Goldmillionen. Dabei bleibt es der Vereinbarung mit den ausländischen Stellen offen, bis zu welchem Betrage effektiv Goldmark gegen aufzunehmende Devisen zu verpfänden wären und ob das Gold selbst bei der Reichsbank in Depot bleiben kann.

Durch diese Stützungsaktion würde die Reichsbank zur Devisenzentrale und der starke Antrieb zur Markentwertung, der aus dem fremden Devisenankauf aus allen besitzenden Kreisen kommt, wird beseitigt. Im Zusammenhang hiermit hätte die Auslegung einer

Goldanleihe

zu erfolgen, die man sich so denkt, daß sowohl Verzinsung wie Rückzahlung der Goldanleihe zum jeweiligen Tageskurs der Mark erfolgt, die Besitzer dieser Goldanleihe demnach nicht das Risiko einer etwaigen Markentwertung laufen, so daß der Besitz an Goldanleihe jedem anderen wertbeständigen Papier (Devisen, ausländische Effekten usw.) gleichwertig ist.

Beste Vorschläge, Stützungsaktion wie Goldanleihe, gehen von gesunden Grundelbanken aus, deren Ausführung uns indessen in der oben skizzierten Weise durchaus unzureichend erscheint. Es ist nicht ohne Risiko, einen Teil des letzten Aktivums des Reiches, des Goldbestandes der Reichsbank, zu einem Experiment zu benutzen, von dem wir heute noch nicht mit Gewißheit erklären können, welche Summe es insgesamt erfordern wird. Und eine letzte Goldreserve muß sich das Reich unter allen Umständen für die äußerste Not, die Beschaffung des für die Ernährung fehlenden ausländischen Brotgetreides bewahren.

Die Lücke in dem Plan der Goldanleihe liegt unseres Erachtens darin, daß nicht die Absicht einer **Fundierung** für diese Anleihe besteht; ihre Wertbeständigkeit besteht vielmehr nur darin, daß die Summe der Papiermark für Zinsen und Kapital stets dem Tageskurs der Mark entsprechen soll. Man kann mit Recht bezweifeln, daß die Kapitalbesitzer ein Äquivalent für die Devisen in einem Papier erblicken, das nur die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft ohne entsprechende Deckung darstellt und von dessen Vermwertung sie möglicherweise nur eine größere Menge allerdings noch stärker entwerteter

Papiermark erhalten würden. Ein solches unfundiertes Papier würde keinen genügenden Anreiz zur Anlage für die Kapitalbesitzer bilden, auf der andern Seite birgt es die Gefahr in sich, daß durch seine Verzinsung und Rückzahlung neue Inflation und somit neue Geldentwertung geschaffen wird.

Wenn zu irgend einem Augenblick, dann ist im gegenwärtigen Augenblick drohender Katastrophe die Forderung notwendig und berechtigt, daß das Reich zur

Erfassung der Sachwerte

schreitet, um sich auf diese Weise sowohl eine Fundierung für die Stützungsaktion der Mark, wie auch eine Fundierung für die zu emittierende Goldanleihe zu schaffen. Damit wird ein Teil des Kredits, dessen sich die Privatindustrie auch heute noch in ausreichendem Maße im Gegensatz zum Staat erfreut, durch Übertragung eines Viertels des Eigentums von Industrie und Landwirtschaft auf das Reich auch in demselben Maße auf dieses übertragen. Heute mehr denn je wird die Mehrzahl des Volkes begreifen, daß man es nicht mehr einer kleinen Zahl Privilegierter überlassen kann, sich schrankenlos zu bereichern auf Kosten völliger Verelendung, ja des drohenden Untergangs aller arbeitenden Schichten einschließlich der Intellektuellen, des mittleren und kleinen Bürgertums.

Zugleich damit aber muß auch die schreiende Ungerechtigkeit beseitigt werden, daß alle Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Steuern durch den Lohnabzug in vollem Marktwert entrichten, während die sich selbst einschätzenden vermögenden Kreise dem Staat nur einen Bruchteil des tatsächlich geschuldeten Steuerbetrages infolge der langen Hinauszögerung der Zahlung geben. Es muß eine Abänderung der Steuergesetzgebung in dem Sinne sofort erfolgen, daß auch diese Kreise ihre Steuer sofort bei Fälligkeit entrichten und daß sie bei Verzögerung eine **Nachzahlung der Geldentwertung** vorzunehmen haben. Damit werden alle diese Kreise an einer möglichst raschen Begleichung ihrer Steuerschuld interessiert und der Staat würde Milliarden Mehreinnahmen gegenüber dem jetzigen Zustand zu verzeichnen haben.

Als Ergänzung dieses Finanzprogramms kämen weiterhin alle die Forderungen in Frage, die wir bereits in den vorherigen Heften ausführlich behandelt haben.

Bei Betrachtung der ganzen Frage vom Standpunkt unserer inneren Wirtschaft und Finanzen aber haben wir mit derselben Aufmerksamkeit auch die außenpolitische Wirkung sowohl unserer derzeitigen Passivität, wie eines eventuellen Reagierens gegen den derzeitigen Zustand ins Auge zu fassen. Tatsächlich haben wir zurzeit ein Moratorium für die Reparationsverpflichtungen und wir müssen wünschen, daß dieses verlängert werde. Erinnern wir uns der kürzlichen Pariser Verhandlungen, so wissen wir, daß eine der hauptsächlichsten Forderungen und Voraussetzungen seinerzeit die war, daß Deutschland der Wirtschaft der ungedeckten inneren Finanzen ein Ende machen müsse. Das ist bis jetzt nicht geschehen. Und in den letzten Tagen kommen bereits sehr deutliche Stimmen aus dem Ententelager, die Deutschland mit einer interalliierten **Finanzkontrolle** bedrohen, die uns jede freie Verfügung in der Finanzwirtschaft des eigenen Landes zu rauben, ja uns ähnlich Österreich zu einem Vasallenstaat herabzudrücken droht. Energische und umfassende Finanzmaßnahmen sind darum im gegenwärtigen Augen-

blid gleichbedeutend mit der Rettung der Selbständigkeit unseres Landes. Unsere patentierten Patrioten sind durch ihren krassen Egoismus, ihr enge Klasseninteresse unfähig zu dieser großen rettenden Tat. Darum muß wenigstens die Regierung, in jedem Falle aber die Vertretung der Arbeiterschaft Kraft und Energie zur Erkämpfung der Rettung vor völliger Verelendung aller arbeitenden Schichten und Versklavung aus Ausland aufbringen. Noch nie war die Stunde so verantwortungsschwer.

Haben wir noch Inflation?

Julian Borchardt

Nur wenn sie die Ursachen der herrschenden Wirtschaftsnot richtig erkennt, ist die sozialistische Arbeiterschaft imstande, ihre revolutionäre Aufgabe zu erfüllen. Deshalb darf keine Mühe verdrücken, die darüber immer noch vorherrschenden schiefen Urteile und falschen Anschauungen zu bekämpfen und aus dem Wege zu räumen. Zu den hartnäckigsten dieser Vorurteile gehören die landsläufigen Ansichten über das Wesen und die Wirkungen der Papiergeldwirtschaft. Auch in der sozialistischen und mehr noch in der Gewerkschaftspresse findet man immer wieder Auslassungen, die von dem Gedanken ausgehen — und ihm bei den Lesern Vorschub leisten —, daß die Teuerung, unter der wir leiden, durch das viele Papiergeld verursacht sei. Auf seine knappste Formel gebracht, ist der vulgäre Gedanke etwa dieser: je mehr Papiergeld gedruckt wird, desto größer wird die Masse der vorhandenen Zahlungsmittel im Verhältnis zu den vorhandenen Waren. Folglich muß der Wert der Zahlungsmittel sinken im Verhältnis zu dem Wert der Waren, die Waren werden teurer. Scheinbar bestätigt wird diese Meinung durch die Tatsache, daß im Laufe der Jahre, seit 1914, immer mehr Papiergeld ausgegeben worden ist und Hand in Hand damit auch die Warenpreise immer mehr gestiegen sind.

Offenbar beruht diese Theorie auf dem sogenannten Gesetz von Angebot und Nachfrage, worauf die bürgerliche Nationalökonomie alle Geschehnisse des Wirtschaftslebens zurückführt. Dieses angebliche Gesetz ist im wesentlichen abgelesen aus dem Geschäftsleben der Börse. Es erklärt zutreffend mancherlei Vorgänge an der Oberfläche des Wirtschaftslebens; sobald es sich aber um tiefere und verwickeltere Zusammenhänge handelt, reicht es nicht aus, verliert sich in Widersprüchen, und jedenfalls steht es mit allem sozialistischen Denken und Erkennen in schärfstem Gegensatz. Für jemand, der an die weltbewegende Macht des jeweiligen Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage glaubt, ist es schlechtthin aussichtslos, jemals für die sozialistische Gedankenwelt ein richtiges Verständnis zu gewinnen. Schon diese Tatsache, deren sich sozialistische Führer und Redakteure eigentlich immer bewußt bleiben müßten, sollte davor warnen, einer so einfachen, wenn auch auf den ersten Blick plausiblen Erklärung für den wichtigsten Wirtschaftsvorgang der Gegenwart, nämlich die ständig wachsende Teuerung, so ohne weiteres Glauben zu schenken. Sie müßte schon durch sehr gewichtige, unwidderlegliche Argumente gestützt werden. Statt dessen zerstückt sie bei näherer Überlegung wie Spreu vor dem Winde.

Was — nach dieser vulgären Theorie — den Preis der Waren bestimmen soll, ist das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage der Waren. Die Regierung könnte noch so viel Papiergeld in den Verkehr werfen, unmittelbar wirkt das nicht auf die Warenpreise, sondern nur mittelbar, weil (und wollen wir gleich hinzufügen, insofern) dadurch die Nachfrage nach Waren vermehrt wird, ohne gleichzeitige Vermehrung der Waren. In der Tagespresse wird das gewöhnlich vergessen; die Redakteure, die gern mit gelehrten klingenden Schlagworten um sich werfen, wissen es wohl meist auch gar nicht. Anders in der wissenschaftlichen Literatur der Bourgeoisie. Dort ist dieser feinere Zusammenhang (dessen überragende Wichtigkeit wir sofort sehen werden) wohl bekannt und dort spricht man deshalb in diesem Zusammenhang auch nicht von Papiergeldwirtschaft schlecht hin, sondern von Inflation. Das ist ein Fremdwort, das soviel wie **Aufblähung** bedeutet. Aufgebläht wird aber nicht das Papier oder das Geld, sondern die **Kaufkraft der Konsumenten**. Folgendermaßen ist die Vorstellung: in einer geordneten Wirtschaft ohne oder mit mäßigem Papiergeld, etwa so, wie wir sie vor dem Kriege hatten, besteht ein gewisses Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage der Waren. Nicht gerade, daß sie mathematisch genau übereinstimmen, aber lange Gewohnheit und ruhige Zustände haben es doch dahin gebracht, daß ungefähr soviel Waren produziert wie gekauft wurden.* Infolgedessen hat sich auch ein gewisses Normalniveau der Preise gebildet, das in Folge gelegentlicher Schwankungen im Angebot oder in der Nachfrage ebenfalls gelegentlich nach oben oder unten abweicht. Daran kann auch das zu allen Zeiten übliche normale Papiergeld nichts ändern, weil es nur solches Geld ersetzt, das wirklich für die vorhandenen Warenmengen gebraucht wird. Nun kommt die Regierung und fabriziert aus irgend einem Grunde — sei es Krieg, seien es Staatsschulden usw. — neues Papiergeld. Damit werden Waren gekauft, für die **gar kein wirklicher Gegenwert** vorhanden ist. Sonst entsteht eine Kaufkraft immer nur durch Schaffung irgend eines Wertes, der Käufer kann soviel kaufen, wie er selber an Wert anzubieten hat. Er stört also nicht das vorhandene Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Hier aber wird eine neue Kaufkraft tatsächlich aus dem Nichts geschaffen. Zuerst die Regierung, nachher andere Leute, die von ihr das Papiergeld erhalten, kaufen jetzt eine Menge Waren mehr, als sie nach dem „natürlichen“ Verhältnis kaufen könnten. So wird das Gleichgewicht gestört, die Kaufkraft künstlich „aufgebläht“, die Inflation ist da.

Wer dies alles sorgsam durchdenkt, wird nun die Bedeutung und Tragweite unseres obigen Zusatzes verstehen: die Masse des Papiergeldes wirkt (nach dieser Theorie) auf die Warenpreise, weil sie die Kaufkraft und damit die Nachfrage nach Waren künstlich erhöht. **Also auch nur dann, wenn, und nur in dem Maße, wie sie das tut.** Wenn wir nun aber sehen, welche gewaltige Höhe die Warenpreise seit 8 Jahren erklommen haben, d. h. wie gewaltig der Wert des Papiergeldes gestürzt ist und in welchem rapidem Tempo er seinen

* Für sozialistische Leser brauchen wir hoffentlich nicht ausdrücklich zu bemerken, daß diese Behauptung auch für „normale“ kapitalistische Zeiten nicht zutrifft. Im übrigen aber, wenn man sich genau überlegt, wirkt sie bereits das ganze Gesetz von Angebot und Nachfrage um. Wenn Angebot und Nachfrage sich die Waage halten, wonach richtet sich dann der Preis?

Sturz zumal seit den letzten Monaten fortsetzt, dann muß man doch stutzig werden. Ein Hundertmarkschein, der vor einem Jahr ausgegeben wurde, konnte eine gewisse Menge Waren kaufen. Ein Hundertmarkschein, der heute ausgegeben wird, kann sehr viel weniger kaufen, seine Kaufkraft ist sehr viel geringer. Mit anderen Worten: je höher die Warenpreise, desto geringer die durch Papiergeld neugeschaffene Kaufkraft. Und man sieht schon hier die ganze Oberflächlichkeit jener Tagesjournalisten, die sich den Zusammenhang mechanisch so zurechtlegen: je mehr Papiergeld, desto höher die Preise. Nicht auf die Masse des Papiergeldes, sondern auf seine Kaufkraft kommt es an. Diese aber — das sehen wir nun auch schon — hängt ab von der Höhe der Warenpreise. Und so kommen wir zu dem verblüffenden Resultat: Nicht die Masse des Papiergeldes bestimmt die Höhe der Warenpreise, sondern gerade umgekehrt, die Höhe der Warenpreise bestimmt die Menge des Papiergeldes; je teurer die Waren, desto mehr Papiergeld wird gebraucht. Mit jedem Fortschritt der Teuerung wird die Kaufkraft des neuen Papiergeldes, also die Inflation geringer.

Wenn wir nun bedenken, daß die Kaufkraft der Mark heute — Ende Oktober 1922 — bereits auf den 400. Teil ihres Friedenswertes gesunken ist, daß mithin die durch neues Papiergeld geschaffene Kaufkraft nur noch sehr winzig sein kann, so ist die Frage am Platze, ob wir heute überhaupt noch eine Inflation haben.

Wir wollen uns das zunächst an den erforderlichen Zahlen klarmachen. Es handelt sich um zweierlei: erstens muß der Goldwert der umlaufenden Papiergeldmassen berechnet werden; zweitens muß festgestellt werden, wieviel Geld — nach Goldeswert — normalerweise zum Umsatz der heute in Deutschland produzierten Warenmengen nötig wäre. Dann können wir ermitteln, ob und um wieviel etwa das umlaufende Papiergeld das notwendige Maß überschreitet, also eine künstlich geschaffene, ohne Gegenwert dastehende Kaufkraft in sich schließt; mit anderen Worten, ob noch Inflation vorhanden und wie groß sie ist.

Für den zweiten Punkt, die Menge der nötigen Zahlungsmittel in Goldwert, sind wir auf Schätzung angewiesen. Solche Schätzung hat immer etwas Willkürliches an sich, wie sich ja überhaupt all diese Dinge, soweit nicht ganz exakte statistische Ermittlungen vorliegen, nicht mit mathematischer Genauigkeit, sondern immer nur mit annähernder Sicherheit ergründen lassen. Ich möchte mich da der folgenden Schätzung eines Artikels im „Bank-Archiv“ anschließen:*

Dr. Herrmann geht davon aus, daß vor dem Krieg in Deutschland rund 6 Milliarden Mark Goldwert in Zahlungsmitteln (Münzen und Papiergeld) im Umlauf waren, welche den Umsatz einer Warenmasse im Wert von rund 60 Milliarden Mark besorgten. Demnach würden, normalerweise, gerade 10 Prozent des Goldwerts der Waren, die umgesetzt werden sollen, an goldwertigen Zahlungsmitteln notwendig sein. Im heutigen Deutschland werden, nach Dr. Herrmann, nur etwa zwei Drittel jener Warenmenge produziert, also im Werte von rund 40 Milliarden Goldmark. Mithin würden zu deren Umsatz etwa 4 Milliarden Goldmark an Zahlungsmitteln erforderlich sein.

* Nr. 19/20, 15. Juli 1922. Die deutsche Inflation, von Dr. R. U. Herrmann.

Die letztere Schätzung halte ich für zu hoch. Nach Berechnungen, die ich selbst an Hand der amtlichen Produktionsstatistik angestellt habe, ist die Produktion im Durchschnitt der Jahre 1919 bis 1921 in ganz Deutschland auf knapp zwei Drittel ihres Friedensstandes herabgesunken. Davon muß man aber für unsern Zweck noch diejenigen Warenmengen abziehen, die in den abgetretenen Gebieten produziert werden, denn sie werden ja nicht mit Hilfe deutschen Papiergeldes umgesetzt. Das ist sicherlich — von den restlichen 67 Prozent — nochmals der zehnte Teil und wir kommen so auf eine Gesamtwarenmenge von nur 60 Prozent desjenigen Quantums, das vor dem Kriege mit Hilfe deutschen Geldes bewegt wurde. Das würde nach Goldwert nur 36 Milliarden Mark ausmachen und zum Umsatz nur 3,6 Milliarden Mark in goldwertigen Zahlungsmitteln erfordern. Indessen, die eine wie die andere Annahme beruht auf Schätzungen, die auf absolute Genauigkeit keinen Anspruch machen können. Und da Dr. Herrmanns Schätzung die Grenze für die Inflation höher setzt, so wollen wir sie vorziehen. Demnach gelten als Inflation alle diejenigen Zahlungsmittel, welche den Betrag von 4 Milliarden Mark Goldwert übersteigen.

Für die Berechnung des Goldwerts des deutschen Papiergeldes könnten wir den Dollarkurs zu Hilfe nehmen. Aber der Wert der Papiermark in Dollar hat keineswegs immer mit ihrer Kaufkraft im Inlande übereingestimmt, und auf die letztere kommt es doch an. Wir tun also besser, uns an die deutschen Warenpreise zu halten. Um soviel diese seit der Vorkriegszeit gestiegen sind, um soviel ist der Wert des Papiergeldes gesunken. Wir brauchen also nur den Nominalwert des Papiergeldes durch die Durchschnittsziffer der Teuerung zu dividieren, wobei wir die Großhandelspreise zugrunde legen. Auf diese Weise kam Dr. Herrmann zu folgender Tabelle:

Zeit	Papiergeld in Umlauf Millionen Mark	Teuerung im Großhandel gegen 1913	Goldwert des Papiergeldes Millionen Mark	Das sind von 4000 Millionen rund
Januar 1920	50 700	12,5 ^{mal} soviel	4037	100%
April "	62 000	15,67 " "	3959	100%
Juli "	69 400	13,67 " "	5078	127%
Oktober "	76 400	14,66 " "	5243	131%
Dezember "	81 200	14,40 " "	5636	141%
Januar 1921	78 300	14,39 " "	5440	136%
April "	80 700	13,26 " "	6085	152%
Juli "	86 000	14,28 " "	6025	151%
Oktober "	97 100	24,60 " "	3946	99%
Dezember "	122 200	34,87 " "	3503	88%
Januar 1922	123 600	36,65 " "	3373	84%
Februar "	128 200	41,03 " "	3124	78%
März "	139 600	54,33 " "	2570	64%
April "	149 900	63,55 " "	2353	59%
Mai "	161 600	64,53 " "	2503	62%
Juni "	183 800	70,30 " "	2615	65%
Juli "	202 900	100,00 " "	2029	50%
August "	261 400	241,00 " "	1085	27%
Septemb. "	338 700	232,00 " "	1201	30%
14. Okt. "	405 900			

Die Tabelle ist außerordentlich lehrreich. Sie zeigt die kolossale Steigerung des Papiergeldumlaufs in dürren Zahlen, 7mal soviel in 2³/₄ Jahren

(bis September). Aber sie zeigt auch, daß die Steigerung der Masse gar nicht so schlimm ist, wie sie aussieht. Denn die Entwertung ist noch schneller vor sich gegangen als die Vermehrung. Die 339 Milliarden Papiergeld von heute (d. h. vom September 1922) sind noch nicht einmal ein Drittel soviel wert wie die 51 Milliarden vom Januar 1920. Und, was die Hauptsache ist: die Tabelle zeigt, daß die Menge der vorhandenen Zahlungsmittel mindestens seit Dezember 1921 nicht einmal mehr zum normalen Umsatz der vorhandenen Waren ausreicht und seitdem noch rapide abgenommen hat. Gewiß ein höchst bedeutames Memento für alle diejenigen, die in der Vermehrung des Papiergeldes die Ursache der Teuerung sehen und deshalb von der „Stilllegung der Notenpresse“ Heilung erwarten.

Von zwei Dingen eins: entweder ihr versteht unter „Inflation“ mechanisch jede Zunahme des Papiergeldes — dann haben wir Inflation, und sogar in ausgiebigem Maße. Über dann ist die ganze Geschichte sinnlos. Denn es ist nicht abzusehen, wie das Drucken von Papierzetteln ohne jede Rücksicht auf ihren Wert die Nachfrage nach Waren vermehren soll. Wenn ich vor wenigen Monaten noch, etwa im April d. J., einen Hundertmarkschein in Händen hatte, so konnte ich dafür 2 bis 2½ Pfund Butter kaufen; heute mit demselben Hundertmarkschein nur ¼ Pfund. Die Nachfrage, die der Hundertmarkschein hervorruft, ist heute um 4- bis 5mal kleiner als damals, er kann also auch nur eine entsprechend geringere Preissteigerung verursachen. Ihr klagt doch aber gerade darüber, daß die Preise immer schneller, immer mehr steigen, und hierfür sucht ihr die Erklärung. Das kann an der bloßen Vermehrung eines so entwerteten Papiergeldes nicht liegen.

Oder Inflation ist — wie es der tiefer denkende bürgerliche Nationalökonom meint — die Aufblähung der Kaufkraft, die Vermehrung der Zahlungsmittel über das Maß hinaus, das zum Umsatz der vorhandenen Waren mit Rücksicht auf ihre Preise erforderlich wäre. Dann aber, so lehrt uns die Tabelle, haben wir seit Ende vorigen Jahres gar keine Inflation mehr. Im Gegenteil, neuerdings ist sogar schon ein Mangel an Zahlungsmitteln zu konstatieren, während die Preise immer wilder nach oben stürmen. Folglich kann die Inflation nicht Ursache der Preissteigerung sein, zumal sie auch im vorigen Jahr bei weitem nicht so stark war, um mit den Preissteigerungen Schritt zu halten.

Mit einem Wort, die wahre Ursache der Teuerung muß anderswo gesucht werden, als in der Inflation. Wo, das erfahren wir so ganz beiläufig aus einem anderen Artikel in derselben Nummer des „Bank-Archiv“. Einem Manne, der es wissen kann, nämlich dem Geheimen Finanzrat Dr. Friedrich, Mitglied des Reichsbankdirektoriums, entschlüpft da das Geständnis:

„Alle Welt weiß, daß im Kriege und nach dem Kriege, in Mark und Papiermark gerechnet, ungeheuer verdient worden ist. Wir wissen, daß allenthalben sehr bedeutende Reserven aller Art geschaffen worden sind.“

Kapitalansammlung hat es gegeben „in und fast ebenso sehr hinter den Bilanzen“. Das ist wohl ein deutlicher Fingerzeig, wo die wahre Ursache der immer wahnsinniger wachsenden Teuerung zu suchen ist: in der ungeheuren Vermehrung der Kapitalprofite seit Krieg und Revolution.

Die chemische Industrie, ihre Entwicklung und wirtschaftliche Bedeutung

G. Haupt, Hannover

Der Begriff „chemische Industrie“ steht nicht fest. Nach der amtlichen Statistik des Deutschen Reiches ist er zu eng gefaßt. Zur chemischen Industrie gehört alles, was mit Hilfe chemischer Reaktionen erzeugt wird, wie zum Beispiel Koks, Leuchtgas, Teer mit seinen Abkömmlingen und deren Weiterverarbeitung, also die gesamten Lösungsmittel für Farben, Harze, Kautschuk usw., und die Teerfarbenfabrikation, die Gewinnung von Eisen, Zink, Kupfer und fast aller anderen Metalle, soweit sie nicht ausnahmsweise im reinen Zustande gegraben werden, sowie die Fabrikation von Kunstdünger, Seife, Lichte und vieles andere. Kurz gefaßt, die chemische Industrie umfaßt alle Verrichtungen, bei denen Rohstoffe durch chemisches Wissen veredelt werden. Da diese veredelten Stoffe der chemischen Industrie selbst wieder und anderen Industrien als Rohstoffe dienen, ist die chemische Industrie in weitem Umfang als Schlüsselindustrie anzusehen.

Wenn den wenigsten Menschen die ausschlaggebende Rolle zum Bewußtsein kommt, welche die chemische Industrie im täglichen Leben des einzelnen spielt, so liegt das daran, daß man den Dingen ihre Beziehungen zur chemischen Industrie nicht ansieht.

Als Grund- und Rohstoffe kommen für die chemische Industrie fast alle natürlichen Produkte in Betracht. Steine und Erden, aus denen Metalle, Salze und Säuren hergestellt werden. Die atmosphärische Luft dient zur Herstellung von Stickstoffdüngemitteln und Salpetersäure; die Stickstoffdüngemittel werden wieder an Kalkstein gebunden. Pflanzliche Stoffe, die der Herstellung von Fetten, Läden, Gummi, künstlicher Spinnfaser, pharmazeutischen Präparaten und Zelluloid dienen. Tierische Stoffe, die zu technischen Fetten, Leim, Dünge- und Futtermittel und medizinischen Präparaten verarbeitet werden. Als besonders wichtiges Ausgangsmaterial kommen die bituminösen Ablagerungen unserer Erde in Betracht, die als Stein- oder Braunkohle, Torf, Erdöl und Erdschiefer in Erscheinung treten.

Diese Grund- und Rohstoffe sind zum großen Teil in Deutschland vorhanden. Dagegen sind einzelne Gruppen der chemischen Industrie fast restlos auf ausländische Rohstoffe angewiesen. Die Gummiindustrie ist ausschließlich auf Kautschuk von Übersee eingestellt und die Kunstdüngerindustrie bedarf zum großen Teil überseeischer Phosphate. Zur Herstellung der Schwefelsäure ist Deutschland vorwiegend auf ausländischen Schwefelkies angewiesen und die Tonerdeindustrie kann den französischen und osteuropäischen Bauxit zur Herstellung kalzinierter Tonerde, das Ausgangsmaterial für Aluminium, nicht entbehren. Den Hauptanteil der Rohstoffe liefert aber Deutschland selbst. Da die chemische Industrie vor dem Kriege überwiegend Exportindustrie war und auch jetzt noch erheblichen Auslandsabsatz hat, wird durch sie die Aktivität der Handelsbilanz stark beeinflusst.

Die Entwicklung der chemischen Industrie Deutschlands fällt in die neueste Zeit. Man stellte zwar schon vor langer Zeit Säuren und Alkalien her, verstand auch, Metalle von Beimischungen zu scheiden und Schießpulver

zu bereiten; der Aufschwung stellte sich aber erst um die Mitte des vorigen Jahrhunderts ein, als wissenschaftlich durchgebildete Chemiker die wissenschaftliche Erkenntnis in der Industrie praktisch auszuwerten versuchten. Die in den fünfziger und sechziger Jahren entstandenen chemischen Fabriken wuchsen unter Angliederung chemischer Forschungsstätten schnell zu Großbetrieben heran, die von Richteingeweihten heute schlechthin als die typische Form der chemischen Industrie betrachtet werden. Die Mittel- und Kleinbetriebe sind aber in der Chemie noch so zahlreich, daß wohl von einer schnell fortschreitenden Entwicklung zum Großbetrieb, aber noch nicht vom Überwiegen desselben (zahlenmäßig. Red.) die Rede sein kann.

Führend wurde sehr bald die Leerfarbenindustrie, die, in den sechziger Jahren entstanden, fast alle Zweige der chemischen Industrie umfaßte und in steter Aufwärtsbewegung die gesamte chemische Industrie mit emporführte. Die Entwicklung wird veranschaulicht durch folgende Zahlen, die den Berichten der Berufsgenossenschaft entnommen sind. Danach stieg die Zahl der Betriebe von 4464 im Jahre 1888 auf 15 116 im Jahre 1921. Die Zahl der Vollarbeiter stieg in dieser Zeit von 85 143 auf 373 741. Die wirkliche Arbeiterzahl ist jedoch höher, da die Berufsgenossenschaft für je 300 im Jahre geleistete Arbeitstage einen Vollarbeiter rechnet. Für 1921 weist die Berufsgenossenschaft 568 276 Einzelarbeiter aus.

Jahr	Zahl der Betriebe	Zahl der Vollarbeiter	Jahr	Zahl der Betriebe	Zahl der Vollarbeiter
1888	4464	85 143	1910	8887	222 530
1890	5043	97 494	1915	14 914	219 646
1895	5947	114 581	1920	15 011	340 310
1900	7169	153 011	1921	15 116	373 741
1905	8278	185 820			

Diese Zahlen lassen den schnellen und dauernden Aufstieg der chemischen Industrie erkennen. Ein Gesamtbild geben sie aber nicht, weil die Gasanstalten, die Mehrzahl der Hüttenbetriebe und fast alle Nebenbetriebe des Bergbaues von der Statistik der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie nicht erfaßt werden.

Mit dieser schnellen Entwicklung geht eine Steigerung der Bedeutung der chemischen Industrie Hand in Hand, denn das Verhältnis zur Gesamtindustrie wird für die chemische Industrie immer günstiger. Nach den Ergebnissen der Berufs- und Gewerbezahlungen beschäftigte

im Jahre	die gesamte deutsche Industrie	die chemische Industrie	in Prozent
1882	4 226 052 Arbeiter	56 583 Arbeiter	1,34
1895	6 474 727 "	94 375 "	1,47
1907	9 336 671 "	134 138 "	1,43
1920	6 967 970 "	259 160 "	3,73

Die Zahlen für das Jahr 1920 sind dem statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches entnommen. Sie beziehen sich nur auf Betriebe mit mehr als 10 Arbeiter, das Verhältnis der chemischen zur gesamten deutschen Industrie würde aber nicht wesentlich verschoben, wenn uns die gesamten Zahlen zur Verfügung ständen. Die schnelle Entwicklung der letzten Jahre ist mit auf die neu entstandene Stickstoffdüngerindustrie zurückzuführen.

Über die Größenverhältnisse der Betriebe liegen neuere amtliche Zahlen nicht vor. Auskunft gibt darüber aber eine kürzlich vom Fabrikarbeiterverband aufgenommene Statistik, die 2273 Betriebe mit 311 805 Arbeitern erfasst. Es sind, wenn die Gesamtarbeiterzahl der chemischen Industrie auf 450 000 Arbeiter geschätzt wird, 69 Prozent der Arbeiter, aber nur 15 Prozent der Betriebe erfasst, und zwar:

Betriebe	mit einer Arbeiterzahl	mit insgesamt Beschäftigten
2049	von 1 bis 500	125 244
51	" 500 " 1000	35 788
26	" 1000 " 2000	37 816
18	über 2000	112 957

Die fehlenden 12 843 Betriebe und die nicht mitgezählten rund 138 000 Arbeiter sind fast reiflos zur kleinsten Gruppe zu zählen, woraus sich (nach der Zahl der Betriebe. Red.) ein unbedingtes Übergewicht der Klein- und Mittelbetriebe ergibt.

Die stärkere wirtschaftliche Macht liegt aber bei der Großindustrie, die die Kapitalkonzentration sehr weit durchgeführt hat. So haben sich die Anilinfarbenfabriken in der Interessengemeinschaft eine wirtschaftliche Organisation geschaffen, deren Einfluß den ganzen Erdball umspannt. Im Dezember 1921 belief sich das gesamte Aktienkapital der Interessengemeinschaft auf 1874,68 Millionen Mark, davon 1764,35 Millionen auf Stamm-, 110,33 Millionen auf Vorzugsaktien. Im September 1922 wurde das Aktienkapital verdoppelt und auf 3750,36 Millionen Mark gebracht. Die Dividendenbeteiligung der neuen Aktien beginnt bereits ab 1. Januar 1922.

Diese Interessengemeinschaft ist in ihrer inneren Organisation nur wenig bekannt geworden. Sie regelt die Produktion, indem sie die Patente und Geheimverfahren, sobald diese wirtschaftlich genutzt werden können, für bestimmte Produkte immer derselben Firma überweist, so daß mit den geringsten technischen Mitteln die größten Erfolge erzielt werden, die so groß sind, daß die Frachtkosten für den Transport chemischer Produkte von der herstellenden zur weiterverarbeitenden Fabrik keine Rolle mehr zu spielen scheinen. Das Ausland hat zwar während und nach der Kriegszeit eigene Teerfarbenfabriken eingerichtet, die aber weder in Quantität noch weniger in Qualität die deutsche Industrie auszuschaalten vermögen. Die Textilindustrie der ganzen Welt ist auf die deutschen Teerfarben angewiesen. Das wird wohl auch in Zukunft so bleiben, weil die Teerfarbenindustrie Deutschlands ihren Einfluß weniger der Technik als der reinen Wissenschaft verdankt und der deutsche Vorrang dieser Wissenschaft in wenigen Jahrzehnten vom Ausland nicht eingeholt werden kann. Viele Geheimverfahren werden Patenten vorgezogen und durch das System der Interessengemeinschaft auch wirklich geheim gehalten. Daher kommt es, daß die ausländische Teerfarbenindustrie immer wieder Anlehnung an die deutsche Industrie suchen muß. Es ist noch in frischer Erinnerung, daß die deutsche Interessengemeinschaft 51 Prozent der Aktien der chemischen Industrie Italiens erworben hat und mit der chemischen Industrie Frankreichs einen Vertrag abschloß, dessen Inhalt der Öffentlichkeit unbekannt geblieben ist.

Die Rentabilität des Anilinkonzerns, der sich auch auf die Luftstickstoffindustrie erstreckt, ist glänzend. Dabei braucht aber von einer Ausbeutung der Konsumenten im landläufigen Sinne nicht gesprochen werden, denn der chemischen Großindustrie wohnt die Tendenz inne, durch neue, technisch wertvollere und preiswertere Produkte andere zu ersetzen oder den Nahrungsspielraum der Menschen zu erweitern. Auch müssen größere Kapitalreserven zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in den Fabriklaboratorien zur Verfügung gestellt werden.

Die Sprengstoffindustrie ist in vier Gesellschaften zusammengefaßt: dem Nobelkonzern, Westfälisch-anhaltische Sprengstoff-Aktiengesellschaft, Lignose A.-G. und der A.-G. Köln-Rottweil. Der Nobelkonzern beherrschte vor dem Krieg die ganze Welt. Durch den Krieg wurde das Band zerrissen und der Friedensvertrag hat der deutschen Sprengstoffindustrie das Auslandsgeschäft stark eingeengt. Die Unternehmer fanden einen leidlichen Ausweg, indem sie die Betriebe zum Teil auf Zelluloid und künstliche Spinnfaser umstellten.

Die Sauerstoffindustrie, die nur kleine Betriebe umfaßt, ist mit ihren 15 Betrieben in der A.-G. für Lindes-Eismaschinen zusammengefaßt. Sie beschäftigt sich ebenso wie der Anilinkonzern selbständig mit Apparatebau.

Für die Kohlensäureindustrie besteht ebenfalls eine Aktiengesellschaft, die in Deutschland 13 Betriebe unterhält.

Eine außerordentlich kapitalkräftige Gesellschaft, die beinahe Monopolstellung genießt, ist die A.-G. Nüttgerswerke mit 100 Millionen Mark Aktienkapital. Sie beschäftigt sich mit Holzimprägnierung und unterhält die zu diesem Zweck unentbehrlichen Leerddestillationen. Die Ausbeute dieser Firma an Leerölen ist sehr bedeutend, denn sie betreibt damit, trotz großem eigenem Bedarf für Imprägnierzwecke, noch umfangreichen Handel.

Die Holzverkohlungsindustrie ist in zwei Gesellschaften mit 90 und 21 Millionen Mark Aktienkapital zusammengefaßt, unterhält in Deutschland 13 bzw. 11 Holzdestillationen, deren Destillationsprodukte in eigenen Betrieben der Gesellschaften verfeinert werden.

Die Aktiengesellschaft für chemische Produkte vormalig Scheidemandel beherrscht den gesamten Leimmarkt und hat im Laufe des Jahres eine Fusion mit dem Exporthandel für Leim vorgenommen, wodurch sie ihren Einfluß auf dem ausländischen Leimmarkt noch bedeutend erhöht hat. Die Gesellschaft verfügt über ein Aktienkapital von 50 Millionen Mark und hat in Deutschland 23 Betriebe. Sie beschäftigt sich mit der Verarbeitung tierischer Abfallstoffe und Knochen, woraus Leim, Gelatine, Knochenfette, Glycerin, Seifen, pharmazeutische Präparate, Geflügel- und Hundefutter, Düngemittel u. dergl. hergestellt werden.

Wie schon im vorhergehenden angedeutet, erzeugt die chemische Industrie Produkte, die entweder vorhandene natürliche wohlfeiler ersetzen, oder schafft neue, bisher unbekannte, die Deutschland vom ausländischen Rohstoffmarkt unabhängiger machen. Darin liegt die überragende wirtschaftliche Bedeutung und stete Ausdehnungsmöglichkeit der chemischen Industrie. Folgende Beispiele geben davon ein Bild. Spiritus war den Alten nur als Gärungsprodukt aus pflanzlichen Stoffen bekannt. Die chemische Industrie wußte Spiritus über Kalk zu erzeugen, dessen Herstellung in Deutschland leider aus agrarischen und steuerpolitischen Rücksichten beschränkt ist. Die Salpeter-

säure, vorwiegend aus ausländischen Rohstoffen wie Chilisalpeter hergestellt, wird jetzt aus der atmosphärischen Luft gewonnen. Das aus Steinkohlenteer erzeugte Benzol hat uns von der Einfuhr ausländischen Benzins teilweise befreit. Aus den Teerdestillaten der Braunkohle wird hochwertiges Paraffin hergestellt. Dadurch wird sich die deutsche Industrie im Laufe der Zeit nicht nur von der Einfuhr freimachen, sondern als Ausfuhrindustrie durchsetzen können.

Während der Kriegszeit wurde deutsche Tonerde auf Aluminium verarbeitet. Das Verfahren ist unrentabel, weshalb nach dem Krieg auf ausländisches Bauxit zurückgegriffen wurde. Ebenso schufen die Kriegsnöte einen Ersatz für Kautschuk aus Kohle. Wenn beide Verfahren aus wirtschaftlichen Gründen wieder eingestellt werden mußten, so ist doch das Problem der Herstellung gelöst und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann sich diese Erfindungen auswirken werden.

Die ungeheure Bedeutung der Herstellung stickstoffhaltiger Düngemittel durch die chemische Industrie braucht nur angedeutet zu werden, um ein Gefühl für die stets wachsende wirtschaftliche Bedeutung der chemischen Industrie zu erzeugen.

In diesem Zusammenhang wird verständlich, daß die Unternehmer ernstlich bemüht sind, die Technik stets zu verbessern, denn nur dadurch kann die vorherrschende Stellung der chemischen Industrie auf dem Weltmarkt aufrechterhalten und die Rentabilität gesichert werden. Gelingt das auch für die Zukunft, dann wird dadurch auch die deutsche Wissenschaft wieder befruchtet.

Mit dieser technischen Entwicklung der Betriebseinrichtungen haben die in der chemischen Industrie so bitter notwendigen Schutzeinrichtungen für die Arbeiter leider niemals Schritt gehalten. Die krassesten Mißstände, wodurch die Arbeiter in ihrer Gesundheit und am Leben dauernd gefährdet waren, weil die Berührung der giftigen und ätzenden Substanzen mit dem Körper durchaus nicht vermieden wurde, sind glücklicherweise ausgeschaltet. Die Großindustrie hat sich auch bemüht, die Gefahren nach Möglichkeit herabzumindern. Die Arbeitsmethode und die verwendeten und erzeugten Stoffe in der chemischen Industrie bedingen aber eine ständige Gefahr für die Arbeiter. Die technische Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß ein oder wenige Arbeiter heute große Betriebe überwachen und den Produktionsverlauf regeln müssen. Es sind zwar weitgehende Sicherheits- und auch Alarmeinrichtungen vorhanden, aber eine Unachtsamkeit des betreffenden Arbeiters kann den ganzen Betrieb und damit auch die darin beschäftigten Arbeiter gefährden. Hinzu kommt, daß die Eigenschaften vieler, namentlich neuer chemischer Verbindungen auch der Wissenschaft noch verborgen sind. Daraus ergeben sich dann Massenkatastrophen, wie in Oppau. Wie sich diese Gefahren auf die Arbeiter auswirken, beleuchten folgende Zahlen:

Bei der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie wurden im Verlauf des Jahrzehnts von 1911 bis 1920 162 130 Unfälle gemeldet, wovon 20 911 entschädigungspflichtig wurden und 3221 tödlich verliefen. Von diesen Unfällen entfallen auf Ursachen, die nur in der chemischen Industrie vorhanden sind, 35 786 gemeldete Unfälle, wovon 5523 entschädigt wurden und 2156 tödlich verliefen. Diese Unfälle bezeichnen aber nur einen Teil der

Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie. Weit mehr wie in jeder anderen Industrie sind die Arbeiter den schädlichen Einflüssen der Arbeit ausgesetzt. Durch Anilinvergiftung, der Einwirkung des Chroms und seiner Verbindungen, der Schwefelsäure, Salpetersäure und nitroser Gase, Schwefelwasser- und Schwefelkohlenstoff und dergleichen Stoffe verfallen viele Arbeiter dem Siechtum und frühen Tod, ohne daß ihnen oder ihren hinterbliebenen Familien eine gesetzliche Rente dafür zusteht.

Auf diesem Gebiete haben sich die Betriebsräte in der chemischen Industrie in erster Linie zu betätigen. Sie müssen von ihrem gesetzlichen Recht, die Überwachung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen Vorschriften, in vollem Umfange Gebrauch machen und die Brauchbarkeit der Schutzvorrichtungen und Rettungsgegenstände stets überwachen. Was nützen zum Beispiel Sauerstoffapparate, wenn sie im Augenblick der Gefahr versagen?

Eine weitere wichtige Aufgabe der Betriebsräte ist die Zusammenarbeit mit den Fabrikärzten, um gegebenenfalls den Umfang der Gefahren im Betriebe beurteilen und eine Änderung der Arbeitsweise und eventuell der Apparate herbeizuführen, wenn sich an dem betreffenden Arbeitsplatz Unzuträglichkeiten herausgestellt haben. In dieser Beziehung werden die Fabrikärzte und noch mehr die Unternehmer Schwierigkeiten machen. Der Schutz der Arbeiter gegen Vergiftungsgefahren und Berufskrankheiten in der chemischen Indust. ist aber so wichtig, daß alle übrigen Aufgaben der Betriebsräte dagegen zurücktreten müssen.

Zur Wirtschaftslage im Baugewerbe

Rud. Thielberg, Hamburg

Die Bautätigkeit ist gegenwärtig durch zwei feindliche Umstände bedroht. Deren einer ist die vorgerückte Jahreszeit. Nur noch wenige Wochen, dann zwingt das abnehmende Tageslicht zu verkürzter Arbeitszeit und außerdem ist täglich zu befürchten, daß Witterungsverhältnisse, vor allem Frostwetter, der Bauarbeit Einhalt gebieten. Diese Störungen sind unabwendbar, wenigstens entziehen sie sich zum größten Teil bautechnischer Voraussicht und Vorsorge. Theoretisch wäre es sehr wohl vorstellbar, daß man Bauten, namentlich kleine Ein- und Zweifamilienhäuser, einschalte und sie so in einem gegen Frost und Wetter abgeschlossenen, geheizten und beleuchteten Raume herstellte. Vor dem Kriege ist derartiges in Ausnahmefällen, besonders in Badeorten, wo man im Sommer keine Bauarbeiter haben mochte, auch geschehen. Manche mauerfertigen Bauten hat man damals in den Wintermonaten behelfsmäßig abgedichtet, wenn nötig, geheizt und so den Innenausbau ausführen lassen. Heute ist das wegen der außerordentlich großen Kosten, wenigstens beim Wohnungsbau, nicht mehr möglich. Verhindern Schnee und Frost die Fortsetzung der Arbeit, so bleibt der Bau einfach liegen und die Bauarbeiter können nur wünschen, die Witterung möge das Arbeiten möglichst wenig behindern.

Mit derartigen Störungen hat die Bautätigkeit im Winter immer zu rechnen. Ist sie im übrigen lebhaft, so wissen die Bauarbeiter, daß sie ihre Arbeit wieder aufnehmen können, sobald das Wetter wieder offen ist. Mit

dieser Ansicht ist es jedoch gegenwärtig sehr schlecht bestellt, denn die zunehmende Geldentwertung und die infolgedessen ständig steigenden Baukosten scheinen die so wie so hinter dem Bedarf stark zurückgebliebene und deshalb viel zu schwache Bautätigkeit ganz und gar zum Verstiegen zu bringen. Darin liegt der zweite ihr feindliche Umstand. Dieser bedeutet für das Allgemeinwohl eine viel größere Gefahr als eine zeitweilige Winterruhe.

In der Kriegszeit sind fast gar keine Wohnungen erbaut worden, weil Menschenkraft und Baustoffe größtenteils Kriegszwecken dienstbar gemacht waren. In der Nachkriegszeit ist der Wohnungsbau infolge der ständig steigenden Preise unlohnend geworden. Da gesetzliche Vorsorge es verhindert, die Mietpreise beliebig in die Höhe zu schrauben, so findet der Privatunternehmer, der den Wohnungsbau und den Wohnungsverschleiß früher als Erwerb betrieb, dabei keine Rechnung mehr. So fiel der Wohnungsbau größtenteils den Baugenossenschaften sowie öffentlichen Körperschaften zu und außerdem größeren Unternehmungen, die genötigt waren, Wohnungen errichten zu lassen, um dadurch die fehlenden Arbeitskräfte heranzuziehen. Aber auch den gemeinnützigen Bauvereinen und Körperschaften wurde es unmöglich, Wohnungen erbauen zu lassen, deshalb mußten die durch Mieten und eigenes Baukapital nicht abzutragenden Baukosten durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden. Diesem Zweck dient die Mieterschutzgesetzgebung und damit zusammenhängend die Wohnungs- oder Mietabgabe usw. Ehe aber diese gesetzgeberische Arbeit vollbracht war und die Zuschüsse zu fließen begannen, war die erste Hälfte des Jahres 1921 bereits verstrichen.

Waren die Bauarbeiter bis dahin selbst in der besten Bauzeit zu Zehntausenden arbeitslos gewesen, so setzte nunmehr eine so starke Nachfrage nach Arbeitskräften ein, daß sie, von den Wintermonaten abgesehen, kaum noch zu befriedigen war. Von den rund 500 000 Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterverbandes feierten am Schlusse der Monate auf je 100 Mitglieder

	1921	1922		1921	1922		1921	1922
Januar . . .	12,0	18,9	Mai . . .	8,7	0,7	September .	1,4	1,8
Februar . . .	11,7	14,1	Juni . . .	8,1	0,6	Oktober . . .	1,3	—
März . . .	8,2	4,4	Juli . . .	2,4	0,5	November . .	4,3	—
April . . .	5,1	1,6	August . . .	2,8	0,5	Dezember . .	6,8	—

Man erkennt aus diesen Zahlen deutlich, wie die Arbeitsgelegenheit sich von Mitte Juli vorigen Jahres an ganz bedeutend besserte. Nur von der im Jahre 1922 freilich recht langen Winterarbeitslosigkeit unterbrochen, das Frostwetter hat fast überall bis zur dritten Märzwoche angehalten, nahm sie Ende März sofort wieder einen kräftigen Aufschwung. Hielt die Abnahme der Arbeitslosigkeit im vorigen Jahre auch im September und im Oktober noch an, bis eben die rauhe Jahreszeit dieser Abnahme ein Ziel setzte, so ist sie im Jahre 1922 schon im August zur Ruhe gekommen und im September kündigt sich durch die, wenn auch nur erst wenig zunehmende Arbeitslosigkeit das Herannahen der Krise an. Deutschland hatte vor dem Kriege einen jährlichen Bedarf von rund 200 000 Neuwohnungen. Gegen 100 000 Wohnungen mögen in den acht Jahren, die seit dem Ausbruch des Krieges vergangen sind, neu errichtet sein. Die Zahl der gegenwärtig fehlenden Wohnungen ist deshalb auf etwa 1,5 Millionen zu schätzen. Dazu kommt der

zunehmende, namentlich durch Überbelegung beschleunigte Verfall der vorhandenen Wohnungen. Soweit es sich feststellen ließ, sind in 35 Großstädten im Jahre 1920 5207 Wohngebäude mit 18 816 Wohnungen und im Jahre 1921 7692 Wohngebäude mit 21 273 Wohnungen erbaut worden. Im Jahre 1922 wird selbst dieser angesichts der ungeheuren Wohnungsnot nur sehr geringfügige Wohnungszuwachs noch nicht einmal erreicht werden. Wie die „Bauwelt“ kürzlich mitteilte, sind im Monat August dieses Jahres 1829 Wohnungs- sowie 392 Fabrik- und sonstige Bauten im Deutschen Reich bekannt geworden gegenüber 3280 Bauten im gleichen Monat des Vorjahres und 2495 Wohnungs- sowie 496 Fabrikbauten im Juli dieses Jahres. Gegenüber dem Vormonat bedeutet das einen sehr beträchtlichen Rückgang, und zwar von annähernd 26 Prozent.

Jetzt kommen aus allen Teilen des Reiches die Mitteilungen, daß die zur Verfügung stehenden Mittel infolge der Preissteigerungen und trotz erhöhter Wohnungsabgabe nicht mehr ausreichen, den Wohnungsbau zu finanzieren. Noch nicht begonnene Bauten sollen ganz unterbleiben und begonnene Bauten, je nachdem sie vorgeschritten sind, ganz fertiggestellt werden oder nur soweit, daß sie ohne größeren Schaden unvollendet liegen bleiben können. Vorhandene Mittel sollen hauptsächlich der Erhaltung vorhandener Wohnungen dienstbar gemacht werden. Sollten diese Hiobsnachrichten tatsächlich in die Tat umgesetzt werden, so wäre ein völliges Stilllegen der Bautätigkeit zu befürchten. Was das für die deutsche Volkswirtschaft bedeutete, darauf hat kürzlich der Bundesausschuß des ADGB in einer Entscheidung hingewiesen, in der gesagt wird, daß dies die heute schon unerträgliche Wohnungsnot dauernd verschlimmern würde, daß es eine gewaltige Arbeitslosigkeit und die vollkommene Zerrüttung unserer Volkswirtschaft zur Folge haben müßte. Das Baugewerbe stillzulegen, ein Schlüssel zahlreicher Baunebengewerbe, einschließlich der Baustoffindustrie, des Baustofftransports und der Bauausstattungsgerichte, würde für den deutschen Arbeitsmarkt die völlige Katastrophe bedeuten. Die bürgerlichen Zeitungen und die Unternehmerblätter berichten über die geplante Einstellung der Wohnbautätigkeit meistens als eine ganz selbstverständliche Sache. Soweit sie sich um eine Erklärung bemühen, muß das Streben der Arbeiter nach höheren Löhnen als Hauptgrund herhalten. Steigende Löhne, verminderte Arbeitsleistung, erhöhte Unkosten usw. sollen nach deren Meinung zu immer erneuten Preissteigerungen führen und damit natürlich auch das Bauen unmöglich machen. Sehen wir einmal, wie es damit steht. Es betragen die durchschnittlichen Stundenlöhne:

	1. Juli 1914	1. Januar 1922	1. April 1922	1. Juli 1922	1. August 1922	1. September 1922
Maurer	0,68	12,11	19,20	82,50	89,35	69,55
Hilfsarbeiter	0,55	11,59	18,44	81,07	87,71	66,53
Zimmerer	0,68	12,14	19,24	82,57	89,51	69,59
Klempner	0,63	10,79	16,81	28,63	87,28	59,39
Dachdecker	0,71	12,39	19,51	82,70	89,53	70,75
Tischler	0,62	11,31	17,28	28,24	84,59	60,90
Schlosser	0,59	10,68	15,95	27,79	86,01	68,18
Glasler	0,57	10,98	16,23	28,13	84,78	58,30
Maler	0,59	11,05	15,80	27,74	84,02	48,62
Löcher	0,71	11,49	17,27	29,30	86,58	59,79

Aus dieser in der „Sozialen Bauwirtschaft“ veröffentlichten Übersicht ergibt sich, daß die Löhne bis zum 1. September 1922 gestiegen sind:

	seit Aug. 1914 um das .. fache	seit Jan. 1922 um das .. fache		seit Aug. 1914 um das .. fache	seit Jan. 1922 um das .. fache
Maurer	102,8	5,7	Fischer	98,2	5,4
Hilfsarbeiter	121,0	5,7	Schloffer	107,1	5,9
Zimmerer	102,8	5,7	Glaser	98,8	5,2
Klempner	94,8	5,5	Malers	82,4	4,4
Dachdecker	99,6	5,7	Löpfer	84,2	5,2

Nach der im Deutschen Bauarbeiterverbande laufend geführten Lohnstatistik ist für die drei Berufe der Maurer, Hilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter in 520 der wichtigsten Lohngebiete folgende Bewegung der Stundenlöhne festgestellt worden:

	1914/15	Juli 1921	Ende Dez. 1921	Ende Juni 1922	Ende Juli 1922	Ende Aug. 1922	Ende Sept. 1922
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Maurer	0,55	5,97	10,46	26,21	35,56	42,71	77,18
Hilfsarbeiter	0,45	5,71	9,99	25,—	33,93	40,82	73,64
Tiefbauarbeiter	0,44	5,52	9,71	24,09	33,51	39,68	71,75

Die Steigerung beträgt:

	von der Vorkriegszeit bis Ende September 1922	im Jahre 1922 bis Ende August
	das ... fache	
Maurer	140,2	4,1
Hilfsarbeiter	163,6	4,1
Tiefbauarbeiter	163,1	4,1

Demnach sind die Löhne im Berichtsjahre dort, wo die Verhältnisse besonders günstig lagen, durchschnittlich ungefähr um das fünfeinhalbfache gestiegen; im Gesamtdurchschnitt eben um das vierfache.

Damit vergleiche man die Preisbewegung, die sich bei den wichtigsten Baustoffen im Laufe des Jahres, also von Januar bis September 1922, und zwar immer nur bis Monatsanfang, ergeben hat. Der nachstehenden Übersicht liegen die in Berlin festgestellten Preise zugrunde. An anderen Handelsplätzen weichen die Preise hiervon mehr oder weniger ab, doch geht die Bewegung der Preise überall gleich stark nach oben. Es kosteten also frei Berlin:

Art der Baustoffe	Januar Mk.	Februar Mk.	März Mk.	April Mk.	Mai Mk.
Hintermauerungssteine, 1000 Stück	650,—	800,—	1000,—	1625,—	1650,—
Gebrauntes Etüdenkalk, 100 kg .	44,—	58,—	75,—	95,—	105,—
Zement einschl. Verpackung, 100 kg	73,80	81,—	108,70	129,20	176,50
Gips einschl. Verpackung, 100 kg	58,—	58,—	70,—	98,—	115,40
Balkenholz (Kiezer) nach Liste, 1 cbm	1800,—	2000,—	3500,—	3600,—	3900,—
Fußboden, gehobelt und gespunden 23 mm, 1 qm	48,—	45,—	65,—	100,—	165,—
Schalbretter 18 mm, 1 qm	15,—	17,—	30,—	34,65	60,—
Rohrgerüst, doppelt, 1 qm	4,20	4,80	6,—	6,—	15,—
Wiberchwänge, gebrannt, 1000 St.	1500,—	1800,—	—	1590,—	3200,—
Pfannen, gebrannt, 1000 Stück .	2100,—	2100,—	2900,—	3700,—	—
Dachpappe 1 qm	12,—	12,—	12,—	16,—	21,50
Zink Nr. 12 1 qm	163,—	155,—	160,—	250,—	276,—

Art der Baustoffe	Juni Mk.	Juli Mk.	August Mk.	September Mk.	Preis im Sept. gegen Juli...fach
Hintermauerungssteine, 1000 Stück	2750,—	3500,—	3600,—	7000,—	10,8
Gebrannter Stückenkalk, 100 kg .	180,—	200,—	210,—	370,—	8,4
Zement einschl. Verpackung, 100 kg	240,—	262,—	325,90	572,—	7,8
Gips einschl. Verpackung, 100 kg	156,—	216,—	250,—	500,—	8,6
Balkenholz (Kiefer) nach Liste, 1 cbm Fußboden, gehobelt und gespunden	4800,—	6000,—	7500,—	13000,—	7,2
2 ³ mm, 1 qm	165,—	185,—	250,—	400,—	8,8
Schalbreiter 18 mm, 1 qm	60,—	63,—	130,—	190,—	1,7
Hohrgewebe, doppelt, 1 qm	17,—	22,—	29,—	29,50	7,0
Siberischwänze, gebrannt, 1000 St.	4680,—	5500,—	6000,—	8700,—	5,8
Klappen, gebrannt, 1000 Stück . .	7500,—	9300,—	10000,—	15000,—	7,6
Dachpappe 1 qm	22,50	22,50	40,—	85,—	2,9
Stahl Nr. 12, 1 qm	266,—	296,—	—	1500,—	9,2

Inzwischen steigen die Preise weiter. Glas für Fensterscheiben kostet das 900fache des Friedenspreises. Das Kubikmeter Kankholz stieg innerhalb der letzten 14 Tage im Preise von 16 000 auf 20 000 Mk., Kalksandsteine auf 6800 Mk. je 1000 Stück, ebenso Hintermauerungssteine auf 8000 Mk. Rüdersdorfer Stückenkalk auf 55 000 Mk. für je 10 Tonnen. Der Reichskommissar für Zement hat die Höchstpreise für Zement mit Wirkung vom 1. Oktober an erhöht, im Gebiete des Norddeutschen Zementverbandes auf 69 639 Mk., im Gebiete des Rheinisch-Westfälischen Zementverbandes auf 67 639 Mk. und im Gebiete des Süddeutschen Zementverbandes auf 71 639 Mk. für 10 000 Kilogramm. Für unmittelbare Lieferung an die Staatsverwaltung für Staatsbauten ermäßigen sich die Preise um ganze 70 Mk. Portlandzement kostet bei Bezug von mindestens 15 Tonnen 76 900 Mark je 10 Tonnen. Dazu kommen für die Abnehmer bei all diesen Baustoffen die Abfuhrkosten von der Bahn oder vom Kahn. Papiersäcke werden mit 56 Mk. das Stück angerechnet, Stoffsäcke mit 200 Mk., Papiergewebsäcke mit 85 Mk. Die Rückvergütung beträgt für Stoffsäcke 150 Mk., für Papiergewebsäcke 35 Mk. Bedenkt man, daß die Rohstoffe für Kalk, Gips, Zement, Ziegel ausschließlich im Inland gewonnen werden, daß das Holz aus deutschen Wäldern stammt, so ist es nicht zuviel gesagt, wenn man eine derartige Preistreiberei als Wucher bezeichnet, wie er gemeingefährlicher und schamloser gar nicht denkbar ist.

Wie wirken sich nun die steigenden Löhne und Baustoffpreise auf die Baukosten aus? Darüber belehrte recht anschaulich eine Ausstellung, die die Bauabteilung der Hamburger „Produktion“, der größte deutsche Konsumverein, anlässlich der Überseewoche im Rahmen der Ausstellung für Städtebau und Siedelungswesen in der Hamburger Kunsthalle veranstaltet hatte. Das war volkswirtschaftlicher Anschauungsunterricht allerbesten Art. Nach Hauptberufsgruppen geordnet, war der gesamte Baubedarf in Einzelstücken ausgestellt: Steine, Mörtel, Holz vom Balken bis zur Zierleiste, dazu Treppen, Türen, Fenster, ferner Öfen, Herde, Beschläge usw. bis zum letzten Nagel. Allen diesen Teilen waren die Preise aus der Vorkriegszeit und für August beigegeben, desgleichen die Löhne der Bauarbeiter, die aus diesen Dingen das Bauwerk erleben lassen. Dabei stellte sich heraus, daß die Löhne auch nicht im entferntesten in dem Maße gestiegen sind wie die Baustoffpreise.

So betrug zum Beispiel der Stundenlohn für die Hamburger Maurer am 15. August 1922 das 56,7fache des Lohnes von 1914. Die Preise der Baustoffe im Maurergewerbe waren dagegen in keinem Falle weniger als das 78fache, in den meisten Fällen dagegen weit über das 100fache bis zum 375fachen gestiegen. So betrug der Preis für rote Ziermauerungssteine das 194fache, für Kalksandsteine das 170fache, für Fußbodenplatten das 325fache, für Küchenplatten das 250fache, für Gips das 185fache, für Wandplatten das 375fache, für eiserne Träger das 200fache des Vorkriegspreises.

Der Stundenlohn der Zimmerer betrug am 15. August 1922 das 57,1fache des Stundenlohnes der Vorkriegszeit. Dagegen waren die Preise für Einschubplatten um das 250fache, Balkenholz (Kiefer) um das 275fache, Dedenschalen um das 280fache, Einschnit um das 294fache, Balkenanter um das 195fache, Nägel um das 294- bis 300fache, Nampfsähe um das 376fache, Spundbohlen um das 291fache der Vorkriegszeit gestiegen.

Der Stundenlohn der Tischler betrug am 15. August 1922 das 60fache des Vorkriegslohnes. Dagegen kostete: Tischlerantholz das 314fache, Leim das 187fache, Türhänge das 217fache, Fensterrinkel das 240fache, Geländer das 220fache, Gaten und Schraubenverschlüsse das 303fache der Vorkriegspreise.

Der Stundenlohn der Schlosser betrug am 15. August das 64fache des Vorkriegslohnes. Dagegen war im Preise gestiegen: Winkeleisen um das 203fache, O-Eisen um das 200fache, Flachblech um das 188fache, Schienen um das 184fache, Schwarzblech um das 228fache, Schrauben um das 317fache des Vorkriegspreises.

Der Stundenlohn der Maler betrug am 15. August 1922 das 62,5fache des Vorkriegslohnes. Dagegen war gestiegen der Preis für: Pinsel um das 270fache, Leinöl um das 330fache, Terpentin um das 557fache, Bleiweiß um das 210fache, Zinkweiß um das 191fache des Vorkriegspreises.

Der Stundenlohn für Dachbeder, Klempner und Mechaniker betrug am 1. August 1922 das 59,5fache des Vorkriegslohnes. Dagegen betrug der Preis für: Schiefer das 250fache, Ztann das 192- bis 316fache, Zinkblech das 26fache, Gasrohre das 144- bis 260fache, Formstücke das 250- bis 405fache des Vorkriegspreises.

Ähnlich ist das Verhältnis im Elektriker- und im Ofenhegewerbe. Der Lohn für Elektriker betrug am 15. August 1922 das 60fache des Vorkriegslohnes. Der Preis für: Veramannrohre das 128- bis 176fache, Ofenrohre das 238fache, Schornsteinschieber das 340fache des Vorkriegspreises.

Der Verband sozialer Baubetriebe gibt allmonatlich Preiswertziffern (Indexziffern) heraus für die Baukosten einer Wohnung von 70 Quadratmeter Wohnfläche, soweit diese Kosten für die hauptsächlichsten Baustoffe und für Bauarbeiterlöhne beansprucht werden. Als Baustoffe liegen dieser Berechnung zugrunde: Mauersteine, Zement, Stüdenkalk, Gips, Kantholz, Fußboden, Zink, Dachsteine und Rohrgewebe. Dabei ist der für 1914 ermittelte Preis gleich 100 gesetzt und so die Preissteigerung (Indexziffer) errechnet. Für die drei Monate Juli, August und September dieses Jahres ergeben sich auf diese Weise im Vergleich zum Juli 1914 folgende Verhältnisse. Im Juli 1914 kosteten:

Baustoffe	1584,50 Mk.	87 Prozent
Löhne	2702,—	83
Zusammen 4286,50 Mk.		100 Prozent

Anfang Juli 1922 kosteten:

	Papiermarkt	Indexziffer	Goldmarkt	Prozent
Baustoffe	158 789,70	9702	2050,—	53,7
Löhne	181 803,—	4978	1757,40	46,3
Zusammen 285 542,70		6661	3807,40	100

Anfang August 1922 kosteten:

Baustoffe	210 200,91	13272	2102,—	56,7
Löhne	160 628,—	5945	1606,30	43,3
Zusammen 370 828,91		8661	3708,30	100

Anfang September 1922 kosteten:

Baustoffe	429 607,—	27 113	1074,—	60,7
Löhne	277 603,—	10 275	614,—	39,3
Zusammen	707 210,—	16 499	1768,—	100

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß eine Wohnung von 70 Quadratmeter Wohnfläche an hauptsächlichsten Baustoffen und Bauerbeiterlöhnen im September dieses Jahres 165mal soviel kostet als im Juli 1914. Dabei aber haben sich die Baustoffpreise in dieser Zeit um das 271fache, die Löhne aber erst um das 103fache verteuert. Daß einzig und allein die Baustoffpreise das Bauen verteuern, das zeigt auch ihr von Monat zu Monat steigender Anteil an den Baukosten. 1914 waren die Baustoffkosten noch geringer als die Löhne; sie betragen damals 37 Prozent der Baukosten, die Löhne 63 Proz. Im Juli 1922 war der Anteil des auf die Baustoffe entfallenden Kostenanteils schon auf 53,7 Prozent gestiegen, im August stieg er auf 56,7 Proz. und im September auf 60,7 Prozent. Der Lohnanteil betrug in diesem Monat nur noch 39,3 Prozent, so daß sich ihr gegenseitiges Verhältnis gegenüber 1914 fast umgekehrt hat.

Für die Umrechnung der Papiermarkbaukosten in Goldmarkbaukosten ist für die Monate Juli und August der zu Anfang dieser Monate von der Reichsbank für ein Zwanzigmarkstück gezahlte Betrag zugrunde gelegt. Das sind für Juli 1500 Mk. und für August 2000 Mk., für September ist entsprechend dem weiter gesunkenen Marktwerte (1 Dollar gleich 700 Mk.) ein Parikurs von 4000 Mk. für ein goldenes Zwanzigmarkstück eingestellt worden. Wer die so in Goldmark umgerechneten Baukosten mit dem Stande von 1914 vergleicht, wird finden, daß sie entgegen den 1/2 sinnenartig anschwellenden Papiermarkbeträgen niedriger sind als 1914 u. a. mit dem Sinken des Marktwertes von Monat zu Monat weiter verringern. Die Baukosten haben gegenüber den Friedenszeiten nicht zugenommen, sondern sie sind im Gegenteil nicht unerheblich zurückgegangen.

Mit solcher Feststellung wird nun freilich nicht die Tatsache beseitigt, daß die Wohnungsfrage nicht zu lösen ist, solange es nicht gelingt, die von der Baustoffindustrie und dem Baustoffhandel ausgeübte Preisdiktatur zu durchbrechen. Denn was nützt es den Wohnungslosen, wenn das Reich neue Massen von Papiergeldscheinen herstellen läßt, um sie als Baukostenzuschüsse zu verwenden, wenn der Baustoffwucher sie einfach durch weitere Preistreibereien wieder aufzehrt. Hier muß der Hebel mit allem Nachdruck angelegt werden. Wie das zu bewerkstelligen ist, das hat der Bundesausschuß des ADGB in einer auf seiner jüngsten Tagung angenommenen Entschließung deutlich gesagt. Der Reichstag braucht nur die Vorschläge in die Tat umzusetzen, die seinem Wohnungsausschuß kürzlich von dem Unterausschuß vorgelegt worden sind. Vor allem kommt es darauf an, die Monopolstellung der Baustoffherzeuger und Händler zu beseitigen. Zu diesem Zweck muß die Regierung dem Verbands sozialer Baubetriebe durch Gewährung der dazu erforderlichen Geldmittel behilflich sein, eine gemeinnützig arbeitende Baustoffversorgung ins Leben zu rufen. Die von den Bergarbeitern in den Oberschichten geförderten Kohlen dürfen unter keinen Umständen dazu dienen, den Baustoffmonopolisten weitere Bereicherungsmöglichkeiten zu schaffen, sondern es muß dafür gesorgt werden, daß sie in gemeinnütziger Weise dem

Wohnungsban zugute kommen und damit die Wohnungsnot, bevor es zu spät ist, beseitigen helfen. Die Gewerkschaften sind nach besten Kräften bemüht, die Regierungen zu mahnen und anzuweisen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Für die Arbeiter ergibt sich auch aus den Zuständen in der Bauwirtschaft die ernste Mahnung, mehr als je für die Einigkeit und Geschlossenheit ihrer Gewerkschaften zu sorgen. Gestützt auf den einmütigen Willen ihrer Mitglieder werden sie die gesetzgebenden Stellen veranlassen und wo es nötig ist, zwingen, ihre Maßnahmen auf das Wohl der arbeitenden Klassen einzustellen. Es darf nicht länger geduldet werden, daß eine dünne Schicht von Monopolisten sich an der Not des Volkes bereichert.

Aus der deutschen Steinindustrie

Herm. Seibold, Leipzig

Die Natursteinindustrie, einst ein wichtiger Zweig im Baugewerbe, wofür die älteren Bauwerke den Beweis liefern, hat im Laufe der zwei letzten Jahrzehnte eine Wandlung durchgemacht, die dem Berufsfremden nicht geläufig sein kann. Dieser sieht wohl die imposanten und kühnen Werke der früheren Dombaumeister, Architekten und Bauherren, hat schließlich auch an der in und an diesen Bauwerken verkörperten Arbeit seine Freude, doch das in Frage kommende Steinhandwerk und die aus ihm sich entwickelte Industrie, die durch die gewaltigen Bauwerke früherer Jahre belebt wurden, kümmert den Berufsfremden weniger. Das ist ganz natürlich. Ein Gewerbe erlangt zunächst in der Öffentlichkeit seine Bedeutung durch die Zahl der in ihm Beschäftigten und in der Hauptsache wohl durch die Verwendung seiner Produkte für den unbedingt notwendigen Gebrauch und Bedarf der Volksgemeinschaft. Sind nun die Erzeugnisse der betreffenden Industrie ihrer Natur nach nicht darauf angelegt, dann treffen die Begleiterscheinungen der deutschen Wirtschaftsverhältnisse — die bekanntlich seit Jahren, hauptsächlich durch äußeren Druck, eine Belastungsprobe sondergleichen auszuhalten haben — ein solches Gewerbe und besonders die darin beschäftigten Lohnarbeiter in ihrer Existenz schwer.

Bauen ist, wie jeder Arbeiter weiß, sehr teuer geworden; die Bautätigkeit erstreckt sich nur auf das Allernotwendigste, -einfachste und -billigste. Der Staat und die Gemeinden haben kein Geld, um massive Bauwerke wie in früheren Jahren, an denen die Steinbearbeitung zur Geltung kam, aufzuführen zu lassen. Nur mit äußerster Anstrengung werden die Mittel für den notwendigen und einfachsten Wohnungsban zusammengeschart, infolgedessen fehlen der Natursteinindustrie die früheren inländischen Bauaufträge, und nur ganz selten fällt aus dem ungenügenden Wohnungsban für sie Arbeit ab. Bereits Anfang 1900 wurde durch die vielseitige Verwendungsmöglichkeit des Zements — wie Stampfbeton und Kunststein — der Naturstein vom Bau nahezu verdrängt. Heute ist der Zement in seiner vielseitigen Verwendungsmöglichkeit dem Naturstein gegenüber auf dem einfachsten bis zum großartigsten Bau stets Drumpf. Die zu jedem Bau notwendigen Steinarbeiten, wie Treppenstufen, Fenster- und Türgehänge, werden nunmehr aus Zement gegossen und gestampft und haben damit gleich Form und Maß.

Der Steinbrecher, der Steinmetz und schließlich auch der Steinbildhauer sind durch diese Änderung in der Bauweise die Leidtragenden geworden. Die weitere Folge davon ist, daß zahlreiche Steinbrüche (Granit und Sandstein) ihre Steingewinnung eingestellt haben, und wo früher emsiges Leben herrschte, ganze Ortschaften vom Enkel bis zum Großvater in der Steingewinnung und Steinbearbeitung tätig waren, ist es nunmehr recht still geworden, nur wenige sind noch tätig. Die Steinmetzbuden sind dort zum Teil verfallen und im Steinbruch wuchert auf den Felswänden Moos. Für den Rückgang einige Zahlenunterlagen: Nach den Angaben der Steinbruchsberufsgenossenschaft ruhte im Jahre 1919 von 9067 Steinbruchsbetrieben jeder dritte, insgesamt 2817 Betriebe lagen vollständig still. Im Jahre 1920 ruhten von 9176 Betrieben insgesamt 2185, also etwa jeder vierte Steinbruch. Das ist die Wandlung der Natursteinindustrie im Zusammenhang mit der Bautätigkeit. Diese ziffernmäßige Beweisführung würde noch viel krasser zum Ausdruck kommen, wenn die einzelnen Baugewerksberufsgenossenschaften ähnliche Angaben machten wie die Steinbruchsberufsgenossenschaft, denn eine große Zahl von Steingewinnungs- und Steinbearbeitungsbetrieben, besonders für Sandstein, zählen zu den ersteren, weil bei Gründung der Steinbruchsberufsgenossenschaft die betreffenden Unternehmer befürchteten, durch die Unfallsfolgen in der Steinindustrie bei dieser neuen, rein beruflichen Gründung finanziell zu sehr belastet zu werden.

Wenn nun auch, wie aus dem vorstehenden entnommen werden kann, die Blütezeit der Steinmetzkunst auf unabsehbare Zeit geschwunden ist, so muß aber doch gesagt werden, daß auf anderen Gebieten von einem Volk, das eine bestimmte Kulturhöhe wie das deutsche erkommen hat, die Produkte der Natursteinindustrie nicht dauernd entbehrt werden können. Es braucht in diesem Zusammenhang nur an die Neverschließung und Instandhaltung aller unserer Verkehrswege, wie Eisenbahnen, Wasserstraßen, Landstraßen und den Straßen in den Groß- und Kleinstädten erinnert zu werden. Bei alledem kann Naturstein in bearbeiteter Form nicht entbehrt werden. Auch vom Bau (Tief- und Hochbau) wird der Naturstein nicht ganz verschwinden, denn zur Ausschmückung des Inneren von Bauwerken geht es nicht immer ohne Fertigerzeugnisse der Natursteinindustrie (Marmor). Weiter wird beim Ausdruck der Pietät gegenüber Verstorbenen der Naturstein in verschiedener Art und Bearbeitung (Grabdenkmal) immer eine gewisse Rolle spielen. Einzelne Zweige der Natursteinindustrie liefern andauernd wertvolle und nicht zu ersetzende Hilfsmittel für andere Industriezweige, die ohne diese Produkte in schwere Bedrängnis kommen würden. Zum Beispiel: die deutsche Lithographiesteingewinnung und -Bearbeitung hat Weltmonopol im Steindruck. Die Schiefergewinnung versorgt fast die gesamten Abeschützen der Welt mit Schreibtafeln und Griffeln. Zu vergessen ist nicht die bedeutende Schleifsteinfabrikation im schlesischen, im unterfränkischen und im Elbsandsteingebiet für die in- und ausländischen Getreide- und Papiermühlen. Platten aus Naturstein, wie Marmor, Kalkstein, Schiefer, haben sich besondere Gebiete erobert in der Möbelindustrie oder als Schalttafeln für elektrische Anlagen. Die Rohsteine aus einer Anzahl Kalkstein- und Quarzitbrüche sind außerordentlich notwendig, je direkt unentbehrlich für die Metallschmelze und für die Herstellung feuerfester Tonprodukte. Aus dieser kurzen Aus-

führung ist zu entnehmen, daß mit Einschränkung weniger Gruppen die Natursteinindustrie in der deutschen und in der ausländischen Bedarfswirtschaft immerhin eine Bedeutung hat.

In der Steinindustrie herrscht neben dem Klein- der Mittelbetrieb vor. Die zu erwartende neue Berufs- und Betriebszählung wird darin im großen ganzen keine anderen Unterlagen bringen, obwohl wir wissen, daß die Kriegsjahre und die Nachkriegszeit die Betriebsexistenzen gewaltig durcheinandergeschüttelt haben. Die neue Zählung wird gewiß auch für die Steinindustrie den Zug zum Großbetrieb zahlenmäßig erbringen, hauptsächlich in der Wegebaustoffgruppe, doch im alten Steinhandwerk wird der Mittel- und Kleinbetrieb immer noch die Hauptzahlen aufweisen. Das liegt an der Eigenart der Steingewinnung und -bearbeitung. Die frühere und letzte Betriebs- und Berufszählung ergab:

3088 Alleinbetriebe		Beschäftigte
5977 Betriebe mit	2—5 Personen	17715
3352 " "	6—20 "	34922
1355 " "	21—100 "	54464
227 " "	101—500 "	38960
10 " "	501—1000 " und mehr . . .	8691

Wird in der Steinindustrie von Großbetrieb gesprochen, dann darf man nicht etwa die Großbetriebe in der Metall- und Textilindustrie mit ihrer Zusammenballung von Arbeitermassen als Parallele heranziehen und auch nicht deren für jede Handlung vorgesehene Maschinentätigkeit. In der Steinindustrie gilt als Großbetrieb schon jener, der über 100 Arbeiter beschäftigt.

Auch die Zahl der Erwerbsgesellschaften ist in der Steinindustrie verhältnismäßig gering. Im Jahre 1910/11 bestanden außer verschiedenen Gesellschaften m. b. H. und Handelsgesellschaften 37 Aktiengesellschaften mit einem Stammkapital von $49\frac{1}{4}$ Millionen. Nach der Kriegszeit 1918/19 bestanden 42 und neuerdings sind zirka 50 Aktiengesellschaften in der Natursteinindustrie vorhanden, jedoch stehen die reichsstatistischen Unterlagen dafür noch aus, deshalb können genoue Angaben über das in diesen Erwerbsgesellschaften konzentrierte Kapital nicht gemacht werden.

Im Verhältnis zur Gesamtarbeiterschaft betrug nach der alten Berufszählung die Zahl der Steinindustriearbeiter 1,8 Prozent. Etwa jeder neunundneunzigste und hundertste Lohnarbeiter kam in Deutschland auf die Steinindustrie. Die Zahl hat sich durch die Wandlung in bezug auf die Bautätigkeit verringert. Das Verhältnis zu der Gesamtarbeiterschaft wird jetzt etwa 1,5 Prozent sein.

Zweifellos hat sich in den letzten zwei Jahren in der Natursteinindustrie eine Betriebs- und Kapitalkonzentration vollzogen, das trifft mit ganz wenigen Ausnahmen jedoch nur auf die Wegebaustoffgruppe (Pflasterstein- und Schotterwerke) zu. Das ursprüngliche Handwerk, die Steinmehrtätigkeit für Sandsteinbearbeitung, schwimmt im alten Fahrwasser weiter. Es fehlen hier eigentlich auch die Voraussetzungen zum Großbetrieb, unter anderm auch die Möglichkeit, den Stein selbst in seiner verschiedenen architektonischen Bearbeitung mit Hilfe von Maschinen fertigzustellen. Wohl gibt es maschinelle

Hilfsmittel in den mittleren und größeren Betrieben: Sägegatter, um die Steinblöcke zu trennen, Drehbänke für Säulenbearbeitung. In der Granit- und Marmorbearbeitung gibt es Fräsmaschinen für einfache gerade Profile, Schur- und Karborundumscheiben, vertikal und horizontal zur glatten Anarbeitung von Flächen und Kanten an Werkstücken und Platten, ferner Schleif- und Poliermaschinen. Doch alles, was am Stein vom Geraden abweicht, sei es Fläche, sei es Profil, erfordert vom Steinmetzen oder Steinschleifer geschickte und geübte Handarbeit.

In der direkten Pflastersteinherstellung herrscht der Handbetrieb vor. Die an Arbeiterzahl und in der sonstigen geschäftlichen Aufmachung größten Betriebe der Steinindustrie sind fast ausschließlich in dieser Gruppe. Die großen Betriebe sind mit allen technischen Errungenschaften ausgestattet, wie Luftdruckwerkzeugen, um die Sprenglöcher in die abzubauenen Felsen zu bohren, Drahtseilbahnen, Förderbahnen oder „Bremsberge“, um das gebrochene Steinmaterial auf die Bruchsohle oder an die Brecher- oder Knadanlagen (Schotterwerk) zu befördern. Der Pflasterstein selbst aber bleibt der Handarbeit überlassen. Die Geschicklichkeit des Pflastersteinmachers beruht auf Kenntnis des Gesteins, „wie es geht,“ auf Augenmaß und geübter Handhabung des Schlägels und Eisens, um dem Steinbrocken die nötige Form und das richtige Maß zu geben.

Die gesamte deutsche Natursteinindustrie ist mit ihren Rohprodukten durchaus unabhängig vom Auslande. Eine Einschränkung muß hier nur gemacht werden, soweit Marmor in Frage kommt, denn für den italienischen weißen Carraramarmor hat Deutschland keinen ausreichenden vollwertigen Ersatz. Wohl sind in Großlungzendorf (Schlesien) Brüche, die weißen Marmor liefern, doch das Vorkommen ist dort nicht groß genug, um den Bedarf zu decken. In der Vorkriegszeit wurden in Deutschland jährlich insgesamt 31 000 cbm Marmor, meistens ausländischer, verarbeitet. Während und nach dem Krieg wurde die Marmoreinfuhr kontingentiert und damit auf eine größere Verwendung deutschen Marmors hingewirkt. Der deutsche Marmorbruchbesitz kann jedoch höchstens 7000 cbm jährlich liefern, deshalb ist noch eine beschränkte Einfuhr von momentan 13 000 cbm zugelassen, auch das Wirtschaftsabkommen mit Italien zwingt gewissermaßen zu dieser Einfuhr. Der deutsche Marmor ist so reichhaltig und farbenprächtig, daß er sich im übrigen mit dem bunten ausländischen Stein durchaus messen kann. Auf diesem Gebiet ist in früheren Jahren zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft viel gesündigt worden und jetzt, wo die deutschen Marmorbodenschätze mehr zur Geltung kommen sollen, sind es die deutschen Bruchbesitzer, die durch enorme Preissteigerungen die Sachlage ausnutzen und erschweren. Die bekannte kapitalistische Profitgier, der deutschen Volkswirtschaft nur zum Schaden gereichend.

Im übrigen ist Deutschland, soweit die anderen Gesteine in Frage kommen (Granit, Syenit, Sandstein, Schiefer, Serpentin usw.), vom Auslande durchaus unabhängig. In der Vorkriegszeit wurden auch von Schweden Granite und Syenite für die Granitschleifereien eingeführt, heute ist es schon infolge der Valutaverhältnisse gänzlich ausgeschlossen. Kostete ein Kubikmeter schwedischer Granit oder Syenit vor dem Kriege zirka 300 bis 400 Mk., so heute über 100 000 Mk. Ein Grabstein aus diesem Material wäre nicht zu

bezahlen. Die Einfuhr unterbleibt aus diesen Gründen, sie ist im Hinblick auf die deutschen reichhaltigen Gesteinsbodenschätze tatsächlich auch überflüssig.

Der Stein am Felsen oder in der Erde repräsentiert keinen besonderen Wert, mag die Nachfrage nach ihm groß oder gering sein. Der Wert entsteht erst durch die Arbeit des Steinbrechers, Technikers, Steinmehrs, Steinbildhauers, des Schleifers und des Pflastersteinmachers. In der Natursteinindustrie ist die Frage der Rohprodukte also eine einfachere Sache wie etwa in der Metall- oder in der Textilindustrie, wo die Beschaffung der Rohprodukte ganz andere und verwickeltere Voraussetzungen erheischt. Soweit nun die Beschäftigung der Natursteinindustrie in Deutschland abhängig ist von Aufträgen aus den Gemeinden (Bau- und Straßenarbeit), sieht es hoffnungslos aus, denn in jetziger Zeit, wo jede Gemeinde in der Finanzklemme sitzt, muß manches Notwendige zurückgestellt werden, und wer von den Lesern als Gemeindevertreter tätig ist und in dieser Funktion verantwortlich mitfühlt, weiß, wie oft in den letzten Jahren ganz notwendige, der Reparatur und der Neuherstellung von Verkehrsstraßen dienende Ausgaben und sonstiges unterbleiben mußten. Alles, was früher zur Hebung, zum Ansehen und zur Bequemlichkeit der Gemeindeangehörigen leichter bewerkstelligt werden konnte, unterbleibt jetzt wegen Geldmangel. Dadurch werden verschiedene Gewerbe hart betroffen, u. a. auch die Natursteinindustrie. Sie hat es jedoch sehr gut verstanden, sich Auslandsgeschäfte zu sichern, das ist heute auch noch ihr wesentlicher Halt, so daß von einer nennenswerten Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie seit Monaten nicht gesprochen werden kann. Für das Auslandsgeschäft einige Zahlen: Im Jahre 1921 wurden von der Außenhandelsniederstelle für Naturstein 11 588 Ausfuhrbewilligungen erteilt für ein Gesamtgewicht von 1539 226 400 kg im Werte von 299 088 100 Mk. An dieser Ausfuhr sind alle Zweige der Industrie beteiligt:

Schieferwaren	3 150 100 kg,	Wert 6 895 000 Mk.
Rohsteine	39 536 800 "	" 19 525 000 "
Schotter und Packlager	1 119 109 900 "	" 59 690 000 "
Pflastersteine	234 431 000 "	" 85 797 000 "
Platten	3 320 900 "	" 6 635 000 "
Lithographiesteine	1 407 700 "	" 15 667 000 "
Werksteine	76 403 200 "	" 85 423 000 "
Schleif- und Mühlsteine	11 275 800 "	" 14 943 000 "
Sonstige Steine	591 000 "	" 4 502 000 "

Das sind ganz nette Summen, die allerdings nur auf Grund der nachgesuchten Ausfuhrbewilligungen sich ergeben. Den Nachweis, daß die angegebenen Mengen auch tatsächlich ausgeführt wurden, haben wir noch nicht, müssen es jedoch annehmen, denn auf die Auslandsgeschäfte sind alle Unternehmer außerordentlich scharf. Nach Ländern eingeteilt, erhielten

Holland	von der Menge 54,8 Proz.,	vom Werte 48,4 Proz.
Frankreich, Belgien }	" " " 27,2 " " "	21,1 "
Luxemburg	" " " " " "	" " " " " "
Nordische Länder	" " " 5,3 " " "	8,3 "
Schweiz	" " " 1,3 " " "	6,0 "
Sonstige Länder	" " " 11,4 " " "	15,6 "

Die Einfuhr, die dem gegenübersteht, ist außerordentlich gering und trifft hauptsächlich für Marmor zu.

Die Gruppe der Granitschleifereien, besonders, soweit sie im Fichtelgebirge dominiert, hat sich schon in der Vorkriegszeit nur durch Export (hauptsächlich nach Frankreich) halten können. Die Granitschleifereien sind außerordentlich leistungsfähig geworden. Das harte und spröde Steinmaterial wird äußerst exakt und künstlerisch bearbeitet und hat so, auf den Markt gebracht, stets die ausländische Konkurrenz (Frankreich und Schweden) zurückgedrängt. Mit vieler Mühe hatte diese Gruppe sich wieder Eingang verschafft in ihr früheres Absatzgebiet, doch mit einem Federstrich ist es kürzlich durch französische Zollmaßnahmen erledigt. Als Zoll soll an Frankreich bei Einfuhr geschliffener und polierter Granitwaren 90 Prozent vom Wert gezahlt werden; damit wird die Einfuhr unmöglich. Ein äußerst harter Schlag für diesen Export deutscher Granitschleifereien.

Zu erwähnen ist noch, daß die Wegebaustoffgruppe (Pflasterstein und Schotter) an den Reparationsleistungen (Frankreich) besonders interessiert ist, und sie hat es verstanden, für diese Lieferungen eine besondere Organisation zu schaffen. Sozusagen eine A.-G. der A.-G. Die „Montania-Granitstein-A.-G. in Neustadt a. d. S.“ wurde im Februar 1921 zu diesem Zweck gegründet, sie blickt auf ihr erstes Geschäftsjahr zurück. Diese besondere Art von A.-G. ist ein Leistungs- oder Lieferungsverband für die Reparationslieferungen und hat bereits große Mengen Pflastersteine und Schotter nach dem Wiederaufbauggebiet geliefert. Sämtliche maßgebenden Firmen der deutschen Pflastersteinindustrie gehören dem Leistungsverband an. Gegenwärtig sind es zirka 15 Einzelunternehmen, 12 Aktiengesellschaften, 2 Gesellschaften m. b. H., 1 Staatsbetrieb (Rammelsbach in der Pfalz) und 1 geschlossener Verband. Das Aktientkapital beträgt 800 000 Mk. In ihrem Jahresbericht heißt es: „Es war eine schwierige Aufgabe, unsere Gesellschaft in den komplizierten Apparat sowohl des Reichskommissars wie auch der Reparationskommission hineinzugliedern, um nach langen Verhandlungen einen definitiven Auftrag in vertraglicher Form vom Reichskommissar zu erhalten.“ Die Gesellschaft hat bereits im laufenden Jahr zirka 30 000 Tonnen Pflastersteine nach dem Wiederaufbauggebiet geliefert, weitere größere Lieferungen stehen bevor, zurzeit schweben Verhandlungen wegen Übernahme weiterer 50 000 Tonnen Pflastersteine und zirka 100 000 Tonnen Schotter. Sobald die Preisfrage geregelt ist, wird mit den Lieferungen begonnen. Im Jahre 1921 wurden bereits 13 726 Tonnen Pflastersteine und 36 862 Tonnen Schotter geliefert.

Diese Montania-A.-G. hat im ersten Geschäftsjahr 1921/22 einen Reingewinn von 21 807,37 Mk. Diese Summe besagt aber durchaus nichts, denn die Geschäftsführung ist weniger eingestellt auf Gewinn für die Gesellschafter und Aktionäre, sondern in erster Linie sollen die anfallenden Aufträge auf die beteiligten Firmen verteilt werden. Dazu bedarf es einer bestimmten Geschäftsführung, die nur Kosten für einen oder zwei Angestellte verursacht. Die Einnahmen der Gesellschaft bestehen in der Hauptsache aus den Provisionen (1½ Prozent) für Lieferungen, deren Verteilung auf alle Fälle nach einem festgelegten Schema oder Schlüssel erfolgt. Hier hat sich ohne viel Geräusch eine Organisation gebildet, die aus der Steinindustrie nicht

wieder verschwinden und die sich ohne Zweifel nach Art der Konzerne in anderen Industrien auswirken wird.

So vollzieht sich auch in der Natursteinindustrie die kapitalistische Zusammenballung, entsprechend ihrer beruflichen Eigenart, allerdings etwas langsamer und schließlich auf anderem Wege wie in anderen Gewerben. Das Steinhandwerk dagegen trottet nebenher, wird von den Industriellen, besonders aus der Wegebaustoffgruppe, etwas belebt und modernisiert in seinen Anschauungen und Handlungen. Die verschiedenen Reichslohntarife in der Natursteinindustrie sind nur auf diesem Wege zustande gekommen und nur unter einem gewissen Sträuben und Jammern der handwerklichen Kleinbetriebe.

Eine besondere Aussicht eröffnet sich für die Verwendung von Basalt, dessen Vorkommen in Deutschland sehr groß ist. Die außerordentliche Härte des Basalts beschränkte seinen Gebrauch bisher auf das Baugewerbe und hauptsächlich den Straßenbau. Durch ein „Verfahren wurde jedoch gezeigt, daß Basalt sich bei zirka 1300 Grad Celsius schmelzen und gießen läßt, ohne seine Eigenschaften zu verlieren, weshalb er wahrscheinlich in der chemischen Industrie ausgedehnte Anwendung finden wird. Durch dieses Schmelzverfahren soll es möglich sein, ein feineres Produkt für chemische und elektrische Zwecke herauszubringen. Als elektrischer Isolierstoff hat Basalt gegenüber Glas und Porzellan den Vorteil, vom elektrischen Flammenbogen nicht aufgelöst zu werden; er wird wieder fest, sobald der Strom aufhört, hindurchzugehen. Ferner sind Waren aus Basalt unzerbrechlich und Eisenstangen lassen sich in geschmolzenen Basalt einbetten, ohne daß man sie nachher mit Zement zu verfüllen braucht. Bei Laboratoriums- und Fabrikproben erwies sich Basalt gegen Zersetzung, so gar durch heiße Säure, sehr widerstandsfähig.“

Ist nun diese wissenschaftliche Auslassung richtig, dann ergibt sich für die Basaltbruchindustrie künftig eine unüberschbare Umwälzung. Weitere Prüfungen und Ergebnisse müssen allerdings noch abgewartet werden.

Die Aussichten für die Zukunft in den sonstigen einzelnen Zweigen der Natursteinindustrie sind nicht gerade ungünstig, doch hält es schwer, unter den heutigen unsicheren Wirtschaftsverhältnissen Voraussagungen zu machen. Für den Bedarf der Gemeinden und der einzelnen Länder, auch des Reiches, ließe sich, soweit Wegebaustoffmaterial in Frage kommt, im weitesten Sinne eine großzügige Sozialisierung vollziehen, um Deutschlands unerschöpfliche Gesteinsbodenschätze zum Vorteil der deutschen Steuerzahler ohne kapitalistische Renten zu verwenden. Doch inzwischen, ehe diese Frage spruchreif wird, haben die Betriebsräte in den Großbetrieben der Steinindustrie sich die nötigen Kenntnisse anzueignen. Sie haben es allerdings schwerer wie in anderen Gewerben, denn die Steinbruchbetriebe und ihre verwandten Unternehmungen liegen fast alle außerhalb der Industriezentren und die darin beschäftigten Arbeiter sind nicht selten infolge ihrer Arbeitseigenart isoliert; es fehlt ihnen der belebende Verkehr mit anderen Berufsarbeitern. Die Folgen davon liegen klar zutage. Doch diese Schwierigkeiten muß der Zentralverband der Steinarbeiter als die zuständige Organisation zu überwinden suchen im Interesse künftiger Entwicklung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse.

Zusammenschlüsse der Ruhrbergwerke

* Ein interessantes Licht auf die Zusammenschlüsse im Ruhrbergbau werfen die Interessen- und Betriebsgemeinschaften sowie die Verkaufsvereine. Der § 6 des Vertrages für das Rheinisch-westfälische Steinkohlen-Syndikat sagt unter anderem: „Ausgeschlossen von dem Vertrieb durch die Aktien-Gesellschaft Rheinisch-westfälisches Kohlen-Syndikat ist der Verbrauch in Werken, die im Eigentum des Mitglieds stehen, der Werkselbstverbrauch. Dem Eigentum werden im Sinne dieser Bestimmung folgende Rechtsverhältnisse gleichgeachtet: „Interessen- und Betriebsgemeinschaftsverträge oder Pachtverträge, die nach Inhalt und Dauer einer endgültigen Verschmelzung oder Eigentumsübertragung im wirtschaftlichen Sinne gleich zu erachten sind.“ Solche Zusammenschlüsse werden nachstehend aufgeführt:

1. Rheinische Stahlwerke einschl. Brassert, Arenberg Fortsetzung und Fröhliche Morgen-sonne sowie Arenberg.
2. Krupp, Konstantin der Große, Helene und Amalia, Emscher-Grube.
3. Hoesch, Köln-Neuesen einschl. Erler I, II und III.
4. Rhönig und Hohlverein.
5. Lothringer Hütten- und Bergwerks-Verein, Königsborn, Georgs-Marienhütte.
6. Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft, Deutsch-luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, Bochumer Verein.
7. Bergbau-Aktiengesellschaft Lothringen, Essener Steinkohlenbergwerks-Aktien-Gesellschaft.
8. Gebrüder Stumm einschl. Aplerbecker Aktien-Verein für Bergbau, Essener Bergwerks-Verein König Wilhelm.

Die hier genannten Werke haben eine Kohlenbeteiligungsziffer von rund 45 Millionen Tonnen von insgesamt 113,4 Millionen Tonnen und eine Verbrauchsbeteiligung von rund 18 Millionen Tonnen von insgesamt 28,4 Millionen Tonnen.

Zu Verkaufsvereinen haben sich zusammengeschlossen die folgenden Werke:

1. Buderussche Eisenwerke, Mont Cenis, Rombacher Hüttenwerke.
2. Harpen, Siebenplaneten, Viktoria-Lünen.
3. Mühlheimer Bergwerksverein, Neu-Schölerad und Hobeisen.
4. Krupp, Konstantin der Große, Helene und Amalia, Emscher-Grube, Dahlbusch, Graf Bismard, Auguste Viktoria, Rheinische Stahlwerke (einschl. Brassert, Arenberg Fortsetzung und Fröhliche Morgen-sonne), Arenbergische Aktien-Gesellschaft, Friedrich Heinrich.
5. Admiral, Gottesfegen.
6. Essener Steinkohlenbergwerke, Dorstfeld, Borussia-Grube, Viktoria, Bergbau-Aktiengesellschaft Lothringen, Freie Vogel und Uderhofft, Graf Schwerin, Glückaufsegen, Alte Haase I, II und III.
7. Viktoria Kathias, Kathias Stinnes, Graf Beust, Carolus Magnus, Friedrich Ernestine, Ber. Welheim.
8. Runkel, Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, Sachsen.
9. Konsolidation, Mannesmannröhrenwerke.
10. Friedrich Thyssen (zugleich für August Thyssen-Hütte), Lohberg, Rhein I, Lothringer Hütten- und Bergwerks-Verein, Königsborn, Georgs-Marienhütte.

11. Selsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Gütten-Aktiengesellschaft, Bochumer Verein, Friedrich der Große.
 12. Gutehoffnungshütte, Rheinpreußen, Neumühl, Ver. Gibraltar Erbstollen.

Dieserjenige Werke, welche einen Verkaufsverein bilden, werden nach § 18 des Syndikatsvertrags als ein Ganzes betrachtet. Die Gesamtsumme der Kohlenbeteiligung der Verkaufsvereine beträgt von der genannten Summe der gesamten Kohlenbeteiligung im Syndikat 75,5 Mill. Tonnen.

:::

:::

:::

Bücherbesprechung

Karl Zwing: „Die Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften.“ (1922, Volksbuchhandlung G. m. b. H., Jena. 171 Seiten.) Eine Geschichte der deutschen freigewerkschaftlichen Bewegung wurde uns zuerst nach dem Kriege von Restripte in seinem wertvollen dreibändigen Werke vorgelegt; da dieses umfangreiche Werk indessen erklärlicherweise nur einem beschränkten Leserkreise zugänglich, bestand insbesondere nach dem großen Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegszeit das Bedürfnis weiter Kreise fort, an Hand einer gedrängten Zusammenfassung sich mit dem Werden der freien Gewerkschaften vertraut machen zu können. Diesem Bedürfnis kommt nun Karl Zwing mit seinem oben erwähnten Buche entgegen und man kann im großen und ganzen diesen Versuch als gelungen bezeichnen. Der Verfasser hat seine Darstellung in 4 Perioden eingeteilt, von denen die erste die Jahre 1866 bis 1878, die zweite diejenigen von 1879 bis 1889, die dritte die Jahre von 1890 bis 1914 und schließlich die vierte Periode „Krieg, Gegenwart und Ausblick“ umfaßt. Von Darstellung und Kritik der verschiedenen Theorien ist dabei abgesehen und das mußte auch bei dem für das kleine Buch gesetzten Zweck geschehen, weil in erster Linie historische Tatsachenvermittlung damit beabsichtigt ist. Und dem mit der Gewerkschaftsgeschichte weniger vertrauten Leser wird in der Tat in kurzen Zügen ein Bild entrollt von den vieltausendfältigen Mühen und Opfern abertausender mühsamer und glaubensfroher Männer, Mühen, die im Augenblick nach vorübergehendem Mißerfolg als vergeblich erscheinen konnten, deren Bedeutung aber gerade im historischen Rückblick klar hervortritt, uns ermutigend auch für die Kämpfe der Gegenwart.

Allerdings sind die beiden ersten Perioden sehr knapp in der Darstellung behandelt und sie werden am ehesten beim Leser das Bedürfnis noch eingehenderer Beschäftigung mit dem gebotenen Stoff wecken. Am besten scheint uns die Behandlung der dritten Periode gelungen, in der ganz besonders das Kapitel „Die Entwicklung der Organisationsformen“ klar und objektiv behandelt wird. Bei der im übrigen durchaus zutreffenden Schilderung der Unterschätzung der Gewerkschaftsbewegung durch die führenden Politiker der sozialistischen Partei (die auch heute noch nicht ganz überwunden ist) kommt Zwing wieder auf seine Auffassung der revolutionären Aufgabe der Gewerkschaften zu sprechen, die nach ihm in der Herbeiführung der Wirtschaftsdemokratie besteht, demnach also die wirtschaftliche Gleichberechtigung mit dem Unternehmer erstrebt wird. Wir haben uns bereits bei Besprechung des Buches des gleichen Verfassers „Gewerkschaftliche Probleme“ mit dieser Einstellung kritisch auseinandergesetzt, einer Einstellung, die nicht die Beseitigung des Unternehmertums als nächstes Ziel aufstellt und die folgerichtig auch zu einer entsprechenden Stellungnahme zu den Arbeitsgemeinschaften führt. Wie wenig hier der Verfasser die in den Gewerkschaften vorhandenen Strömungen richtig einzuschätzen vermochte, beweist seine Kommentierung des Beschlusses des Nürnberger Gewerkschaftskongresses (1919), der die Arbeitsgemeinschaften gutheißt, in der folgenden Weise:

„Mit dieser Entschliebung und der weiteren Entwicklung der folgenden Jahre dürfte das Arbeitsgemeinschaftsprinzip im allgemeinen entschieden sein....“

Das wurde 1922 geschrieben — und im selben Jahre erfuhr die Arbeitsgemeinschaft auf dem Leipziger Gewerkschaftskongress durch die Mehrheit der Delegierten eine grundsätzliche Ablage.

Hier wie auch ganz besonders beim letzten Abschnitt (Krieg, Gegenwart und Ausblick) wurde der objektive Historiker vom Zeitgenossen verdrängt, der selbst an dem Aus-

einandersetzungen teil- und Partei nahm. Denn es ist wahrlich nicht mehr der Historiker, der in folgender Weise den Abschlußstrich unter die Kriegspolitik der Gewerkschaften setzt:

„So war die Stellung sowohl gegenüber der Politik des 4. August wie gegenüber dem Parteistreit in jeder Situation eine einheitliche und geschlossene.“

Die Gesichte der proletarischen Parteien widerlegt nur allzu sichtbar diese allerdings sehr kühne Feststellung. Ebenso vermissen wir sehr den Blick des Historikers bei der Betrachtung der jüngsten Gegenwart, wenn z. B. das Versagen der Revolution in der Frage der Sozialisierung, die Nichtdurchführung der 8 Punkte nach dem Rapp-Butsch, die unerfüllten 10 Forderungen des ADGB zur Wirtschaftskrise lediglich auf das Treiben von „gewissenlosen, im Dienste des russischen Bolschewismus stehenden Elementen“ zurückzuführen den Versuch unternimmt. Das wird ganz gemäß der ADGB selbst nicht behaupten. Des doch immerhin geschichtlich bedeutsamen 1. Reichsbetriebsrätekongresses im Jahre 1920 ist überhaupt keine Erwähnung getan.

Wir bedauern diese als einseitige Stellungnahme der Geschichtsdarstellung Abbruch tuenden Schwächen des Buches um so mehr, als es im übrigen eine durchaus brauchbare Arbeit darstellt und eine vorhandene Lücke ausfüllt. Wir können es jedoch all denen zum Kauf empfehlen, die es als Handbuch und mit eigenem Urteil benutzen wollen. L. S.

Das statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahrgang 1921/22, ist soeben im Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin, erschienen. Es ist dies der 42. Jahrgang, da diese Veröffentlichung seit dem Jahre 1880 erfolgt. Alle Volkswirtschaftler und Sozialpolitiker erwarteten dieses wichtige Werk jedes Jahr mit Spannung. Gibt es doch einen Gesamtüberblick über alle ziffernmäßig erfassbaren Erscheinungen unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Der 42. Jahrgang ist gleichzeitig eine Jubiläumsausgabe des statistischen Reichsamts, dessen 50jähriges Bestehen am 23. Juli gefeiert wurde. Das statistische Jahrbuch berichtet über Volkszählungen, Geburten, Sterbefälle, Selbstmorde, Eheschließungen, Auswanderungen, über Geld- und Kreditwesen, Versicherungen, Sparfassen, Konurse, Aktiengesellschaften, über Landwirtschaft (Anbau, Saatenbestand, Ernte, Viehhaltung, Marktverkehr), über bergbauliche Betriebe, Kohlen, Eisen- und Hüttenindustrie sowie sonstiger Industriezweige, über Reichstagswahlen, Volksentscheide, Kriminal- und Schulstatistik usw. Es enthält eine umfangreiche Handelsstatistik, Steuer- und Verkehrsziffern und, was besonders die Gewerkschaften interessiert: eine gute Wirtschafts- und Sozialstatistik, wovon wir nur die Preis- und Leuerungszahlen, Kleinhandelspreise, Großhandelspreise und Börsenpreise, Auslandspreise, Lebenshaltungsziffern, Indexberechnungen, Frachten und Devisenstatistik, Genossenschaftsstatistik, Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, Lohn- und Gehaltsstatistik, Krankenversicherungszahlen nennen. Ebenso die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten, Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und vieles andere mehr.

Eines nur sollte sich das Statistische Amt angelegen sein lassen: die Neubearbeitung der Berufs- und Betriebsstatistik, wo wir uns leider immer noch auf die Zählung des Jahres 1907 verlassen müssen, die heute vollständig von der Entwicklung überholt ist. Für das Jahr 1923 ist ja nun eine neue Zählung vorgesehen, hoffen wir, daß die Ergebnisse im 43. Jahrgang ihren Platz finden. Leider fehlen auch in diesem Bande bei der Tabelle der Unternehmerverbände (Seite 453) wieder die Angaben der beschäftigten Arbeiter, die in den früheren Jahrgängen vor dem Kriege immer mit erfasst waren und deren Kenntnis für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung von großer Bedeutung ist. Öffentlich wird diese Rubrik nach der neuen Betriebszählung wieder eingeführt.

Ein gutes Sachregister und eine Anzahl graphischer Tabellen erleichtern auch dem weniger Geschulten das Verständnis für die sonst für Laien schwer zu fassenden Zahlenreihen und Tabellen. In den Gewerkschaftsbüros sollte dieses Nachschlagewerk nicht fehlen, zumal es bei seinen 480 Seiten und seinem 78seitigen Anhang über internationale Übersichten nur 25 M. kostet.

L. Seyler.